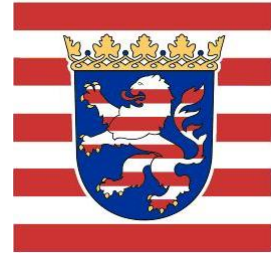




HESSEN



Bericht aus Brüssel

04/2022 vom 25.02.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Europäisches Parlament.....	7
Ausschuss der Regionen.....	12
Wirtschaft.....	12
Verkehr.....	16
Energie.....	18
Digital.....	19
Forschung.....	21
Finanzdienstleistungen.....	22
Finanzen.....	23
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	25
Umwelt.....	26
Landwirtschaft.....	27
Justiz.....	30
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	33
Information, Kommunikation und Medien.....	34
Veranstaltungen.....	35
Vorschau.....	36

Europäischer Rat; informelle Sitzung am 17.02.2022 zur Russland-Ukraine-Krise

Die Staats- und Regierungschefs der EU kamen am Mittag des 17.02.2022 ad hoc vor Beginn des EU-Afrika-Konflikt in Brüssel zusammen, um sich über den aktuellen Stand in der Russland-Ukraine-Krise auszutauschen. Der Präsident des Europäischen Rats (ER), Charles Michel, hatte am Vortag kurzfristig zu dem Treffen eingeladen. Eine förmliche Erklärung wurde nicht verabschiedet. Nach der gut einstündigen Sitzung erklärte ER-Präsident Michel vor der Presse, vier Punkte betonen zu wollen: Die Union stehe in fester Einigkeit, zusammen mit der NATO und anderen Partnern. Die diplomatischen Bemühungen müssten in allen Formaten fortgesetzt werden. Man unterstütze die Ukraine und sei entschlossen, die europäischen Werte zu verteidigen. Er forderte Russland auf, „sichtbare“ Anstrengungen der Deeskalation zu unternehmen. Man verfolge die Entwicklungen täglich.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/02/17/>

Europäischer Rat; Sondersitzung am 24.02.2022

Die Staats- und Regierungschefs der EU kamen am Abend des 24.02.2022 zu einer Sondersitzung des Europäischen Rates (ER) in Brüssel zusammen, um über die Reaktion auf die russische Aggression gegenüber der Ukraine zu beraten. Bereits am Mittag des 24.02.2022 hatten die ER-Mitglieder eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Die am Abend in Brüssel verabschiedeten Schlussfolgerungen (SF) verurteilen die „grundlose und ungerechtfertigte“ Aggression auf das Schärfste und beklagen den Verlust von Menschenleben. Russland verletze internationales Recht. Der ER unterstreicht das Recht der Ukraine, über das eigene Schicksal selbst zu entscheiden. Russland wird aufgefordert, alle militärischen Handlungen einzustellen, das gesamte ukrainische Staatsgebiet zu verlassen und seine Desinformationskampagnen und Cyberattacken zu stoppen. Auch die Beteiligung von Belarus wird verurteilt. Der ER hat sich auf weitere Sanktionen gegen Russland verständigt. Sie betreffen „den Finanzsektor, den Energie- und den Verkehrssektor, Güter mit doppeltem Verwendungszweck sowie Ausfuhrkontrollen und die Ausfuhrfinanzierung, die Visumpolitik, die Aufnahme zusätzlicher russischer Personen in die Sanktionslisten und neue Kriterien für die Aufnahme in diese Listen“, so die SF. Ein Ausschluss Russlands vom internationalen Zahlungssystem Swift ist jedoch nicht vorgesehen. Das Paket wird am 25.02.2022 vom Rat angenommen. Der ER fordert zudem, dringend ein weiteres Paket mit individuellen und wirtschaftlichen Sanktionen, die auch Belarus einschließen, auszuarbeiten und anzunehmen. Der ER erklärt ferner seine Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und fordert andere Staaten auf, die Separatistenrepubliken weder anzuerkennen noch zu unterstützen. Die EU werde die Ukraine mit weiteren politischen, finanziellen, logistischen und humanitären Mitteln unterstützen. Er kündigt eine internationale Geberkonferenz für das Land an. Die europäischen Bestrebungen der Ukraine, wie im Assoziierungsabkommen niedergelegt, werden ausdrücklich anerkannt. Die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens und der Republik Moldau werden ebenfalls uneingeschränkt unterstützt. Die EU werde weiterhin mit ihren Nachbarn, Partnern und Verbündeten zusammenarbeiten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/02/24/>

Kommission; Sondierung für Initiative zum Europäischen Statistischen System

Am 21.02.2022 ist die Sondierung für die Initiative zur Zukunftsvorbereitung im Europäischen Statistischen System gestartet und wird bis zum 21.03.2022 laufen. Mit der Initiative soll besser auf den veränderten Informationsbedarf und die Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer des Statistischen Systems eingegangen werden.

Gleichzeitig wird der Rechtsrahmen für EU-Statistiken an die europäische Datenstrategie angepasst. Der Verordnungsvorschlag sieht vor, das Potenzial von neuen Datenquellen besser zu nutzen, um eine bessere Reaktionsfähigkeit des statistischen Systems zu erreichen. Dabei sollen auch neue Rollen im neu entstehenden Datenökosystem festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13332-Zukunftsvorbereitungen-im-Europaischen-Statistischen-System_de

EU; Beziehungen zu GBR: neunter Gemeinsamer Ausschuss

Am 21.02.2022 kamen Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und die britische Außenministerin Elizabeth Truss zur neunten Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-GBR zusammen. Aus ihrer gemeinsamen Erklärung im Anschluss an das Treffen des gemeinsamen Ausschusses war zu erfahren, dass der Fokus der Sitzung auf den Themen Bürgerrechte und Nordirlandprotokoll lag. Beide Themen genießen weiterhin höchste Priorität auf beiden Seiten. Die meisten Aspekte hinsichtlich der Bürgerrechte von EU-Bürgern in GBR bzw. von Briten in der EU seien bereits umgesetzt worden, wenngleich es von beiden Seiten noch Klärungsbedarf zu Details gebe. Im Hinblick auf das Nordirland-Protokoll bestehe ebenfalls Einigkeit, dass die Errungenschaften des Karfreitagsabkommens nicht gefährdet werden dürften. Beide Seiten führten hierbei eine Bestandsaufnahme über das bereits Erreichte in den vergangenen beiden Monaten durch. Anschließend unterstrichen beide Seiten, dass sie weiterhin ehrgeizig und entschlossen daran arbeiten werden, eine nachhaltige und beständige Lösung für die Probleme des Nordirland-Protokolls im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in Nordirland zu finden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_1260

Rat; Rat für allgemeine Angelegenheiten vom 22.02.2022

Am 22.02.2022 kamen die Ministerinnen und Minister beim Rat für allgemeine Angelegenheiten zusammen, um einerseits die Tagung des Europäischen Rates am 24./25.03.2022 vorzubereiten, bei der sich die Staats- und Regierungschefs mit der Covid-19-Pandemie, Sicherheit und Verteidigung, dem Europäischen Semester 2022 und Weiteren außenpolitischen Fragen befassen werden. Hinsichtlich der Konferenz zur Zukunft Europas hat der Ratsvorsitz den Rat über die nächsten Schritte bis zum 09.05.2022 unterrichtet. Der Ratsvorsitz werde im Hinblick auf den Abschluss der Arbeiten der Konferenz am 09.05.2022 für eine enge Abstimmung mit dem Rat sorgen und besonders darauf achten, dass die von den Bürgerinnen und Bürgern ausgearbeiteten Vorschläge weiterverfolgt werden, unter anderem auch durch nationale Konsultationen. Eine eingehendere Diskussion, u.a. auch darüber, wie es konkret mit der Konferenz weitergehen soll, ist für die informelle Tagung am 03./04.03.2022 in Arles geplant.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2022/02/22/>

C o r o n a

Kommission; EU investiert 40 Mio. EUR für Pandemiebekämpfung in Afrika

Die Kommission investiert gemeinsam mit BEL, FRA und DEU 40 Mio. EUR zur Förderung von mRNA-Impfstoffen in der Afrikanischen Union (AU). Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz zum globalen mRNA-Technologietransferzentrum am 18.02.2022, dass dies einen wichtigen Fortschritt zur strategischen Souveränität Afrikas im Bereich der Impfstoffe darstelle.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_1184

Kommission; Über 1 Mrd. EUR für Impfstoff-Produktion in Afrika

Wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 16.02.2022 bekannt gab, fördert die Kommission die Impfstoffproduktion in Afrika im Rahmen des Projekts 'Vaccine Equity for Africa'. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union, mit Regierungen beider Kontinente, den Vereinten Nationen sowie BioNtech wird die Etablierung von Container-Fabriken finanziell unterstützt. Mit dem Projekt soll der regulatorische Rahmen sowie der Wissensaustausch gestärkt werden. Die kommerzielle Impfstoff-Produktion soll 2023 beginnen. Ziel der Produktionsverlagerung ist langfristig die Stärkung des Standortes Afrika. Damit möchte die EU einen Beitrag zur globalen öffentlichen Gesundheit leisten. Insgesamt hat die EU 1 Mrd. EUR an Finanzhilfen hierfür bis 2040 in Aussicht gestellt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_1105

Kommission; 100 Mio. EUR für afrikanische Arzneimittelbehörden

Wie die Kommission am 15.02.2022 bekannt gab, werden mehr als 100 Mio. EUR zur Unterstützung für die kürzlich etablierte Afrikanische Arzneimittel-Agentur (AMA) sowie weitere afrikanische Arznei-Regulierungsinitiativen bereitgestellt. Die Mittel werden von Seiten der Kommission in Zusammenarbeit mit BEL, DEU und FRA sowie der Bill & Melinda Gates Foundation für die kommenden fünf Jahre bereitgestellt. Ziel ist die Stärkung der AMA sowie die Verbesserung der Gesundheitssicherheit auf dem afrikanischen Kontinent. Durch diese Kooperation soll der Austausch des technischen Fachwissens gefördert werden. Weiterhin sollen mittels der Kooperation das Einhalten der Mindestanforderungen der WHO in diesem Bereich sichergestellt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_993

Kommission; COVID-19-Koordinationstreffen der Außenministerinnen und -minister

Kommissarin Jutta Urpilainen nahm am 14.02.2022 für die EU an dem von dem US-Außenminister Antony Blinken einberufenen COVID-19 Global Action Meeting teil. Dort diskutierte Urpilainen mit den anderen Partnerländern über einen „COVID-19 Global Action Plan“. Das Ziel besteht darin, die Koordinierung von Maßnahmen zu unterstützen und die Ressourcen in festgeschriebenen Bereichen in Bezug auf die globale Reaktion auf COVID-19 zu mobilisieren. Der Hohe Vertreter sowie Vizepräsident der Kommission, Josep Borell, betonte, dass die EU u.a. mit der Mobilisierung von 46 Mrd. EUR zur Bewältigung der gesundheitlichen und sozioökonomischen Auswirkungen der Krise ihre Führungsrolle unter Beweis gestellt habe. In diesem Zusammenhang haben sich die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, einen globalen Aktionsplan im Einklang mit der laufenden Reaktionen des Teams Europe auf die Pandemie gemeinsam voran zu treiben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1061

Rat; EU aktualisiert Reise-Liste der Drittländer

Derzeit gilt eine vorübergehende Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU aus vielen Drittländern. Der Rat hat am 22.02.2022 eine aktualisierte Liste von Ländern erstellt, für die diese Beschränkungen aufgehoben werden sollten. Die Liste wird alle zwei Wochen überarbeitet, wobei Fortschritte bei den Impfkampagnen und die Entwicklung der weltweiten epidemiologischen Lage berücksichtigt werden. Die Liste wurde zuletzt am 17.01.2022 geändert. Sie umfasst u.a. die Länder Neuseeland, Indonesien und China, sofern aus China eine Bestätigung der Gegenseitigkeit vorgelegt wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/covid-19-travel-into-the-eu/>

Kommission; Initiativen zur gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Die Kommission hat am 15.02.2022 zwei Initiativen zur Verteidigung und Sicherheit in der EU vorgelegt. Dabei handelt es sich zum einen um einen Beitrag zur europäischen Verteidigung, der das gesamte Spektrum an Herausforderungen abdeckt, von der konventionellen Rüstungsindustrie und -ausrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft bis hin zu Cyber-, Hybrid- und Weltraumbedrohungen, militärischer Mobilität und der Bedeutung des Klimawandels und zum anderen um einen Fahrplan für kritische Technologien für Sicherheit und Verteidigung. Diese neuen Initiativen werden von der Kommission als konkrete Schritte angesehen hin zu einem stärker integrierten und wettbewerbsfähigeren europäischen Verteidigungsmarkt. Dies soll insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU erreicht werden und zur Durchführung größerer Projekte beitragen, die zur Kostenbegrenzung und zur Steigerung der operativen Einsatzfähigkeit führen. Die beiden Initiativen sind als Beitrag zum Strategischen Kompass zu sehen, der vom Europäischen Rat am 24./25.03.2022 verabschiedet werden soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_22_924/P_22_924_DE.pdf

EU; EU-Afrika-Gipfel

Am 17. und 18.02.2022 kamen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU und der Afrikanischen Union (AU) zum sechsten Gipfeltreffen der beiden Staatenverbände zusammen. Grundlage der Partnerschaft der beiden Staatenverbände sei die Einigung auf eine gemeinsame Vision für die Zukunft. Ziele hierbei seien Solidarität, Sicherheit, Frieden, Wohlstand und eine nachhaltige und kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung für die Bürgerinnen und Bürger beider Staatenverbände. Entsprechend haben die Führungsspitzen ein Investitionspaket Afrika-Europa in Höhe von 150 Mrd. EUR angekündigt, das u.a. die oben genannten Ziele unterstützen soll. Explizit soll das Paket auch öffentliche und private Investitionen in folgende Bereiche fördern: Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur; Eine faire und gerechte Energiewende; Digitaler Wandel Nachhaltiges Wachstum und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze. Darüber hinaus wird das Paket mit spezifischen Instrumenten ergänzt, die u.a. das Gesundheitssystem und dessen Widerstandsfähigkeit gegenüber Pandemien sowie das Bildungssystem und eine darin umzusetzende hochwertige und gleichberechtigte Bildung stärken sollen.

https://www.consilium.europa.eu/media/54412/final_declaration-en.pdf

Kommission, Rat; Präsidenten des ER und der Kommission verurteilen Angriff Russlands

Die Präsidenten des Europäischen Rates und der Kommission, Charles Michel und Ursula von der Leyen, haben den russischen Angriff auf die Ukraine in der Nacht vom 24.02.2022 in aller Deutlichkeit verurteilt. Die militärischen Handlungen Russlands seien weder provoziert worden, noch seien sie zu rechtfertigen. Russland verstoße damit in widerlicher Weise gegen das Völkerrecht und untergrabe damit die europäische und internationale Sicherheit und Stabilität. Die Präsidenten fordern Russland dazu auf, alle Kriegsgefangenen freizulassen und ihr Militär von ukrainischem Boden abzuziehen. Russland müsse die territoriale Unversehrtheit und Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine respektieren. Diese Anwendung von Gewalt habe keinen Platz im 21. Jahrhundert, so die Präsidenten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/24/press-statement-of-president-charles-michel-of-the-european-council-and-president-ursula>

EU, NATO; Gemeinsame Pressekonferenz zum Angriff Russlands auf die Ukraine

Kommissionspräsidentin von der Leyen bezeichnete die gemeinsame Pressekonferenz am 24.02.2022 als starkes Zeichen der engen Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Sie betonte, dass die EU alles dafür tun werde, Russland für seine Taten – der Verletzung des Völkerrechts – zur Rechenschaft zu ziehen. Bei diesem Konflikt sei nicht nur die Sicherheit und Stabilität der Ukraine massiv gefährdet, sondern auch die Europas insgesamt sowie die internationale Ordnung nach dem Kalten Krieg. Der ukrainische Präsident habe die Mitgliedstaaten beider Organisationen gebeten, alles Erdenkliche zu tun, um der Ukraine zu helfen. In diesem Zuge kündigte von der Leyen ein weiteres massives Sanktionspaket an, das starke finanzielle Sanktionen als auch Sanktionen im Technologiesektor enthalten werde. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, verdeutlichte, dass es sich hierbei um einen Angriff Waldimir Putins auf Menschenleben handle und diese Handlungen weder durch die Ukraine provoziert wurden noch in irgendeiner anderen Form zu rechtfertigen seien. NATO-Generalsekretär Stoltenberg fügte an, dass die NATO und die EU stets zusammenstehen werden, um diese barbarischen Handlungen Russlands zu verurteilen. Die gemeinsame Koordinierung sende ein starkes Signal der Einheit und zeige wie allein und isoliert Russland sei. Die NATO habe Verteidigungspläne aktiviert, um schnellere Truppenbewegungen zu ermöglichen und ihre östliche Flanke stärker zu sichern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_1332

Rat; Rat für auswärtige Angelegenheiten

Am 21.02.2022 kamen die EU-Außenminister beim Rat für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um die aktuelle Sicherheitslage in Europa zu diskutieren. Der Rat beschloss eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ukraine beschlossen. Demnach fließen 1,2 Mrd. EUR an makrofinanzieller Nothilfe in die Ukraine. Danach erörterte der Rat die Lage in Bosnien und Herzegowina und die Frage, wie die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit und die Einheit des Landes gewahrt werden könne. Der Rat forderte dabei die Spitzen des Landes auf, Verantwortung für die Wahrung der Verfassung zu übernehmen und die uneingeschränkte Rückführung der Zuständigkeiten an die staatlichen Institutionen sicherzustellen. Die EU werde deshalb auch im Rahmen der EUFOR zusätzlich 500 Reservekräfte in das Land entsenden und gemeinsam mit den USA versuchen Kommunikationskanäle hin zu einer Verfassungs- und Wahlreform zu öffnen, um die Funktionsfähigkeit der Föderation zu verbessern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2022/02/21/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

EP; Plenarsitzung vom 14. – 17.02.2022

Beziehungen EU-Russland, die Sicherheit in Europa und die militärische Bedrohung der Ukraine durch Russland

In einer Plenardebatte mit dem Titel „Beziehungen EU-Russland, die Sicherheit in Europa und die militärische Bedrohung der Ukraine durch Russland“ mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel, der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und dem EU-Außenbeauftragten

Josep Borrell am 16.02.2022 sprachen die MdEP über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der militärischen Bedrohung der Ukraine durch Russland noch vor dem eigentlichen Angriff Russlands. Zu Beginn der Debatte betonte EP-Präsidentin Roberta Metsola (EVP/MTA), dass das EP wiederholt seine Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck gebracht habe, das weiterhin mit der Unsicherheit und den Drohungen einer militärischen Aggression durch Russland konfrontiert sei. „Was wir hier erleben, ist auch eine Bedrohung für den Frieden in Europa“, fügte sie hinzu und wies darauf hin, dass das EP im Laufe des Tages auch über eine Finanzhilfe für die Ukraine in Höhe von 1,2 Mrd. EUR abstimmen wird. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel erklärte, dass die jüngste und beispiellose Verstärkung der militärischen Präsenz Russlands an der Grenze zur Ukraine nur als aggressives und bedrohliches Verhalten angesehen werden kann. Michel betonte, dass die EU gemeinsam mit ihren internationalen Partnern und Verbündeten kontinuierlich daran arbeite, die Spannungen abzubauen, in erster Linie durch Diplomatie, aber auch durch die Vorbereitung robuster Sanktionen gegen Russland, falls die militärische Aggression gegen die Ukraine anhalte. Darüber hinaus kündigte er eine Initiative für eine Geberkonferenz zur weiteren Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft an, die im Rahmen einer engen Koordinierung zwischen der EU und der Ukraine stattfinden soll. „Die Idee der Einflusssphären gehört nicht in das 21. Jahrhundert“, sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Die Diplomatie habe ihr letztes Wort noch nicht gesprochen, aber jetzt müssten Taten folgen, sagte sie mit Blick auf die jüngsten Signale aus dem Kreml. Die NATO habe noch keine Verringerung der russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine gesehen, betonte sie. Die Kommissionspräsidentin warnte Russland auch davor, die „Energiefrage“ als Waffe einzusetzen. Da die EU andere Energiequellen stärke, „sind wir jetzt für diesen Winter auf der sicheren Seite“, betonte sie und fügte hinzu, die wichtigste Lehre für die EU sei, dass sie ihre Energiequellen diversifizieren müsse, um nicht von russischem Gas abhängig zu sein. Die Zukunft Europas liege in den erneuerbaren Energien, schloss sie. „Was in der Ukraine geschehen könnte, wird die Zukunft der Menschheit prägen“, warnte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell. „Wenn sich das Recht des Stärkeren durchsetzt, wäre das ein Rückschritt“, fügte er hinzu. Borrell betonte auch, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten der Möglichkeit einer militärischen Aggression Russlands geschlossen entgegentreten, was er als eine der positiven Folgen dieser Krise bezeichnete. Viele MdEP betonten, dass die derzeitigen Spannungen ein Weckruf für die Europäische Union seien, die ihre Fähigkeiten weiter ausbauen müsse, mit äußerem Druck umzugehen und eine starke Reaktion auf äußere Bedrohungen zu gewährleisten, während sie gleichzeitig Frieden und Demokratie als Grundwerte und wesentliches Ziel beibehalte. Sie wiesen darauf hin, dass die gegenwärtigen russischen Herausforderungen eine Chance zur Stärkung der europäischen Einheit darstellen. Viele MdEP brachten ihre anhaltende Unterstützung und Bewunderung für das ukrainische Volk zum Ausdruck, das seit Jahren mit der Aggression Russlands konfrontiert ist. Es müsse ein breitgefächertes Sanktionsarsenal aufgebaut werden, das auch die Gaspipeline Nord Stream 2 von Russland nach DEU umfasst. Die MdEP wiesen auch darauf hin, dass der Grund für Russlands Aggressivität nicht die Erweiterung der NATO sei, sondern vielmehr die Macht der Werte und die Attraktivität der demokratischen Gesellschaften, die dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem Kreml Angst bereiteten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-02-16-ITM-004_DE.html

Entschlüsse zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In zwei Entschlüssen forderte das EP am 17.02.2022 eine wirksamere Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie eine stärkere Verteidigungsfähigkeit, um auf

Bedrohungen reagieren zu können. Angesichts der zunehmenden Instabilität in der Welt und des Anstiegs von Autoritarismus und Desinformationskampagnen sollte die EU eine Führungsrolle bei der Stärkung multilateraler Partnerschaften und beim Schutz und der Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit übernehmen, betonen die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP David McAllister (EVP/DEU) über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die MdEP weisen darauf hin, dass die EU mit einer Stimme sprechen müsse, um den aktuellen internationalen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Außenpolitische Entscheidungen sollten nicht mehr einstimmig getroffen werden, sondern mit qualifizierter Mehrheit, damit ein einzelner Mitgliedstaat nicht mehr ein Veto gegen eine von allen anderen EU-Mitgliedstaaten getroffene Entscheidung einlegen kann. Der Bericht von MdEP David McAllister (EVP/DEU) wurde am 17.02.2022 mit einer Mehrheit von 474 - 113 - 102 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0039_DE.html

Der Bericht von MdEP Nathalie Loiseau (RN/FRA) zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fordert eine stärkere und glaubwürdige militärische und sicherheitspolitische Unterstützung der Ukraine, unter anderem durch die Mobilisierung der Europäischen Friedensfazilität. Die MdEP fordern die Mitgliedstaaten auf, ihre bilaterale Militär- und Sicherheitshilfe für die Ukraine zu erhöhen. Die MdEP begrüßen u.a. die Einleitung der Verhandlungen zum Strategischen Kompass, einer „noch nie dagewesenen strategischen Überlegung“, und betonen, dass der Kompass einen wichtigen Schritt hin zu einer wirklichen europäischen Verteidigungsunion darstellen sollte. Sie unterstützen auch die Schaffung einer "schnellen Eingreiftruppe" mit Luftstreit-, Seestreit- und Spezialkräften, die bei sicherheitspolitischer Dringlichkeit mobilisiert werden können. Der Bericht von MdEP Nathalie Loiseau (RN/FRA) wurde am 17.02.2022 mit einer Mehrheit von 369 - 197 - 123 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0040_DE.html

Konditionalitätsregelung zur Rechtsstaatlichkeit: Debatte über EuGH-Urteil mit Kommissar Hahn

Die MdEP erörterten am 16.02.2022 die Entscheidung des EuGH über den Antrag auf Nichtigerklärung der Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts. Die Plenardebatte zu den Konsequenzen des Urteils fand ohne Kommissionspräsidentin von der Leyen statt, die zwar ihr Kommen angekündigt, aber kurzfristig unter Verweis auf den Russland-Ukraine-Konflikt wieder abgesagt hatte. Haushaltskommissar Johannes Hahn vertrat sie. Er erklärte, die Verordnung über die allgemeine Regelung der Konditionalität sei eine historische Errungenschaft für die Union. Sie statte die Union mit einem spezifischen Instrument aus, um ihren Haushalt vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Zusammen mit einer Reihe seit langem etablierter zusätzlicher Instrumente stelle sie sicher, dass das Geld der Steuerzahler dort ankommt, wo es gebraucht wird, und schaffe einen Mehrwert für die Bürger. Die druckfrischen Urteile würden gerade analysiert. Jetzt, da die Urteile des Gerichtshofs vorlägen, werde die Kommission die Leitlinien für die praktische Anwendung der Verordnung fertig stellen. Die Kommission sei mit der Ausarbeitung der Leitlinien bereits weit fortgeschritten. Das Ziel sei es, die Leitlinien im Lichte des Urteils des Gerichtshofs rasch anzupassen. Die Kommission werde alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente optimal nutzen, um den Unionshaushalt und die finanziellen Interessen der Union gegen tatsächliche oder potenzielle Bedrohungen zu schützen - und zwar ohne Zeit zu verlieren. Die Kommission habe im vergangenen Jahr zwei Mitgliedstaaten (MS) angeschrieben und um Informationen für ihre Analysen gebeten. Dies habe einen Austausch mit den genannten MS in Gang gesetzt, und die

Kommission analysiere derzeit die substanziellen und umfassenden Antworten. Die MdEP betonten, dass das EuGH-Urteil die Haltung des Parlaments bestätige, dass EU-Gelder nicht an Regierungen gehen sollten, die die Werte der EU verletzen. Viele bedauerten die Abwesenheit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Debatte und betonten, dass der Kommission nun die Ausreden für Verzögerungen ausgegangen seien. Viele Redner sagten, sie hätten genug davon, bürokratische Ausreden zu hören, während einige MS von „Tyrannen“ übernommen würden, deren Justizsysteme sich verschlechterten, die Pressefreiheit eingeschränkt und die Rechte von Minderheiten beschnitten würden. Sie erinnerten daran, dass es die Aufgabe der Kommission sei, die EU-Verträge zu bewahren und die Grundwerte zu schützen, zu denen sich alle MS verpflichtet hätten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-02-16-ITM-009_DE.html

Krebsbekämpfung: MdEP fordern stärkere EU-Maßnahmen

Das EP hat am 16.02.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Véronique Trillet-Lenoir (RN/FRA) seine endgültigen Empfehlungen für eine umfassende und koordinierte Strategie der EU zur Krebsbekämpfung angenommen. Der Bericht des Sonderausschusses zu Krebsbekämpfung wurde am 16.02.2022 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 652 - 15 - 27 angenommen. Da mehr als 40 % aller Krebserkrankungen durch „koordinierte Maßnahmen, die auf verhaltensbedingte, biologische, umweltbedingte, arbeitsbedingte, sozioökonomische und kommerzielle“ Risikofaktoren abzielen, verhindert werden könnten, fordern die MdEP wirksame Krebsvorsorgemaßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten (MS) und der EU, die auf unabhängigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Empfohlen wird u.a. die Finanzierung von Programmen, die dazu anregen, mit dem Rauchen aufzuhören, und die Förderung von Maßnahmen zur Verringerung und Verhinderung alkoholbedingter Schäden im Rahmen der überarbeiteten EU-Alkoholstrategie. Das EP fordert außerdem eine obligatorische und einheitliche EU-Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite von Lebensmittelverpackungen. Des Weiteren sollen Grenzwerte für die Belastung am Arbeitsplatz für mindestens 25 weitere Stoffe festgelegt werden. Die MdEP sind besorgt darüber, dass es für Kranke immer noch schwierig ist, Zugang zu Gesundheitsdiensten zu erhalten und an klinischen Studien in anderen MS teilzunehmen. Sie fordern deshalb, dass der geltende Rechtsrahmen reformiert wird, um Mobilität und den Zugang zu hochspezialisierter Ausrüstung und Versorgung zu ermöglichen. Es sollte ein einheitliches Regelwerk für die Genehmigung und Erstattung der Gesundheitsversorgung über Grenzen hinweg geben. Das schließt auch das Recht auf eine Zweitmeinung ein.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0038_DE.html

Sicherheit von Spielzeug: Für strengere EU-Vorschriften zum Schutz von Kindern

Das EP betont im Rahmen des Berichts von MdEP Brando Benifei (S&D/ITL), dass die Spielzeugrichtlinie (Toy Safety Directive, TSD) Kindern zwar ein hohes Maß an Sicherheit bietet, dass aber einige Hersteller aus Nicht-EU-Ländern, die ihre Produkte auf dem Binnenmarkt, insbesondere online, verkaufen, die EU-Vorschriften nicht einhalten. Infolgedessen stellen viele in der EU verkaufte Spielzeuge immer noch eine erhebliche Gefahr dar. In der Entschließung, die am 16.02.2022 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 688 - 6 - 1 angenommen wurde, fordern die MdEP die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle in der EU in Verkehr gebrachten Spielzeuge der TSD entsprechen, unabhängig davon, wo sie hergestellt wurden. Eine zukünftige Überarbeitung der TSD sollte es ermöglichen, die Grenzwerte für gefährliche chemische Stoffe bei Bedarf schnell anzupassen und eine Situation zu vermeiden, in

der unterschiedliche Werte auf nationaler Ebene festgelegt werden. Die MdEP betonen, dass vernetzte Spielzeuge Kinder neuen Gefahren aussetzen und ein Risiko für ihre Sicherheit, ihre Privatsphäre und ihre psychische Gesundheit darstellen können. Sie appellieren an die Hersteller, Sicherheitsmechanismen in das Design ihrer Spielzeuge zu integrieren, beispielsweise gegen Cyber-Bedrohungen. Das EP fordert die Kommission auf, Vorschriften zur Lösung dieser Probleme vorzuschlagen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0037_DE.html

Ein besserer Schutz vor krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz

Das EP hat am 17.02.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Stefania Zambelli (ID/ITL) einen Kompromiss über die Begrenzung der Exposition von Arbeitskräften gegenüber krebserregenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsgefährdenden Stoffen angenommen. Die informelle Einigung, die im Dezember 2021 mit den Mitgliedstaaten erzielt wurde, wurde von den MdEP mit einer Mehrheit von 686 - 4 - 4 angenommen. Die aktualisierte EU-Richtlinie zielt darauf ab, den Schutz der Arbeitnehmer vor krebserregenden und anderen gefährlichen Stoffen zu stärken, indem EU-weite Grenzwerte für die Exposition am Arbeitsplatz festgelegt werden. Den MdEP ist es gelungen, reproduktionstoxische Stoffe erstmals in den Geltungsbereich der Richtlinie aufzunehmen. Reproduktionstoxische Stoffe sind fortpflanzungsgefährdend und können die Fruchtbarkeit beeinträchtigen oder Unfruchtbarkeit verursachen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0046_DE.html

Klimaziele: Ausbau erneuerbarer Offshore-Energiequellen unerlässlich

Die MdEP haben am 15.02.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Morten Petersen (RN/DNK) Empfehlungen für einen schnelleren Ausbau der Offshore-Windenergie formuliert. In der Entschließung wird betont, dass das Erreichen der Ziele für 2030 und 2050 einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Offshore-Energie erfordert, dass aber die Bewirtschaftung des Meeresraums und der Küsten nachhaltiger sein muss. Die MdEP weisen darauf hin, dass es für eine klimaneutrale Wirtschaft erforderlich ist, „in beispiellosem Umfang erneuerbare Energie bereitzustellen“. Sie betonen die Dringlichkeit der Verbesserung und des Ausbaus der bestehenden Infrastruktur. Viele Mitgliedstaaten (MS) seien bei der Einführung der erforderlichen erneuerbaren Energien und beim Aufbau der Infrastruktur im Rückstand. Die MdEP betonen, wie wichtig es ist, die Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung zu verkürzen, und fordern die MS auf, ein transparentes Verfahren einzurichten und zu erwägen, gegebenenfalls für die Genehmigung Fristen für eine Entscheidung einzuführen. Sie betonen, dass die EU im Bereich der erneuerbaren Offshore-Energie technologisch führend ist und durch die Unterstützung des Wachstums der sauberen Energieerzeugung einen beträchtlichen wirtschaftlichen Impuls erwarten könnte. Das Aufbauinstrument der EU „NextGenerationEU“ biete eine einmalige Gelegenheit, zusätzlich zu den privaten Investitionen öffentliches Kapital in großem Umfang zu mobilisieren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0032_DE.html

Gemeinsame EU-Regeln für gemeinnützige Organisationen

Das EP hat am 17.02.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Sergey Lagodinsky (GRÜNE/DEU) eine Reihe von Empfehlungen zur Harmonisierung und Stärkung der Rechtsstellung europäischer gemeinnütziger Organisationen (NPO) angenommen. Ziel der Empfehlungen ist es, die NPOs mit ihren gewinnorientierten Pendanten gleichzustellen. NPO (z. B. Vereine, philanthropische Organisationen, Stiftungen und ähnliche Organisationen) sind von grundlegender Bedeutung für die Vertretung der Interessen der Bürger und der Zivilgesellschaft, stellt der Bericht fest. Aufgrund des

Fehlens eines gemeinsamen EU-Rechtsstatus und der Diskrepanzen zwischen den Vorschriften der Mitgliedstaaten (MS) sehen sich gemeinnützige Organisationen, die grenzüberschreitend tätig sind, jedoch ungerechtfertigten rechtlichen und administrativen Belastungen ausgesetzt. Dies hindert sie daran, in vollem Umfang vom EU-Binnenmarkt zu profitieren, und schränkt ihre Fähigkeit ein, zum demokratischen Prozess beizutragen, konstatiert der Bericht. Die MdEP fordern deshalb die Kommission auf, einen Verordnungsvorschlag vorzulegen, der es ermöglicht, europäische Vereinigungen zu gründen, um Rechtslücken zu schließen und eine starke gesamteuropäische Zivilgesellschaft zu unterstützen. Die MdEP sind besorgt über die zunehmenden Hindernisse, denen sich Verbände und gemeinnützige Organisationen aufgrund nationaler Gesetze oder Verwaltungspraktiken gegenübersehen. Sie befürchten, dass dadurch Grundrechte wie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, die in einigen MS bereits bedroht sind, weiter eingeschränkt werden könnten. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 530 - 146 - 15 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0044_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 15.02.2022 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahme Entwürfen statt: „Europäische Missionen“ sowie „Neues Europäisches Bauhaus: attraktiv nachhaltig gemeinsam“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zur „Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021 - 2030)“ sowie „Bessere Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182648&meetingSessionId=2228611>

AdR; ECON-Fachkommissionsitzung

Am 25.02.2022 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf „Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung (revidierte Stellungnahme)“ statt. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch über das Arbeitsdokument „Digitaler Zusammenhalt“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2183638&meetingSessionId=2229906>

Wirtschaft

Rat; Informelles Treffen des Handelsministerrats

Am 13./14.02.2022 fand im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft ein informelles Treffen des Rates Allgemeine Angelegenheiten im Handelsministerformat in Marseille statt. Kernthemen waren die strategische Ausrichtung der EU-Handels politik, insbesondere mit Blick auf die Arbeit der Welthandelsorganisation (WTO), die Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und Afrika, u.a. durch die „Global Gateway“-Initiative der Kommission, sowie transatlantische Beziehungen im Rahmen der Vorbereitung der nächsten Sitzung des

Handels- und Technologierates. Die Ministerinnen und Minister unterstrichen, die Arbeit der WTO jedenfalls zu unterstützen, wenngleich die Gespräche innerhalb der WTO über eine Anpassung der Regeln für den internationalen Handel an die nunmehr gegenwärtigen Herausforderungen schwierig seien. Dies sei auch auf eine Blockade des WTO-Berufungsorgans zurückzuführen. Die Ministerinnen und Minister bekräftigten ferner die europäische Solidarität mit LIT hinsichtlich des derzeitigen WTO-Verfahrens gegen China.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/pressekommunique-ergebnis-der-gesprache-zwischen-den-europaischen-handelsministerinnen-und-ministern/>

Kommission; Initiative zum Weltraumverkehrsmanagement der EU

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell und Binnenmarktkommissar Thierry Breton stellten am 16.02.2022 im Rahmen einer gemeinsamen Mitteilung ihr Konzept für ein Weltraumverkehrsmanagement (STM) vor. Dieser neue Ansatz zielt darauf ab, konkrete Initiativen zu entwickeln, einschließlich Maßnahmen und Rechtsvorschriften, um die sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums zu fördern und gleichzeitig die strategische Autonomie der EU und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten. Im Rahmen des Ansatzes werden zehn konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die zwischen 2022 und 2024 von der Kommission und vom Hohen Vertreter in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchgeführt werden sollen. Das STM solle durch Rechtsvorschriften greifbar gemacht werden, um eine sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums zu fördern und die strategische Autonomie der EU und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie zu wahren.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/join_2022_4_1_de_act_part1_v1.pdf

EP; Annahme des Initiativberichts über Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der COVID-19-Krise

Am 15.02.2022 hat das EP auf seiner Plenartagung den Initiativbericht von MdEP Katalin Cseh (RE/HUN) zu den Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der Covid-19-Krise mit großer Mehrheit (524 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 143 Enthaltungen) angenommen. Die Kommission wird in den Empfehlungen aufgefordert, in ihren nächsten Gesetzesentwürfen die Bedürfnisse und Herausforderungen städtischer Gebiete, welche sich insbesondere durch die COVID-19-Pandemie neu ergeben hätten, zu berücksichtigen und miteinzubeziehen. Besonders regionale und lokale Gebietskörperschaften bekämen die Auswirkungen der Krise auf die Bevölkerung zu spüren. Der Bericht ist in vier Kapitel untergliedert, welche insgesamt 67 Punkte umfassen: Inklusive Städte, grüne Städte, innovative Städte und maßgeschneiderte politische Initiativen. Forderungen sind unter anderem: Die Eindämmung von Treibhausgasemissionen, welche durch den Bevölkerungszuwachs in Städten zunehmen, der Ausbau der Breitbandanbindung, die Schaffung von mehr Raum für Bürgerbeteiligung und die Bereitstellung von ausreichenden Fördermitteln, um EU-Initiativen sowie städtische Initiativen bestmöglich umsetzen zu können.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0022_DE.pdf

Rat; Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Raumfahrt

Am 16.02.2022 fand im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft ein informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Raumfahrt in Toulouse statt, an dem auch der Ministerrat der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) teilnahm. Debattiert wurde über die Pläne der Kommission zur Einrichtung einer Konstellation für sicherere Konnektivität auf europäischer Ebene und zur Festlegung gemeinsamer Regeln für

das Weltraumverkehrsmanagement, der europäische Fahrplan für die weltraumgestützte Erd- und Klimabeobachtung und die Ambitionen der EU im Bereich der Wissenschaft und der Weltraumerforschung. Der ESA-Ministerrat hob die Notwendigkeit hervor, die Zukunft der EU-Politik im Bereich der Weltraumerforschung zu definieren. Außerdem wurde vorgeschlagen, eine europäische Expertengruppe einzurichten, die sich mit den Möglichkeiten der bemannten Raumfahrt befassen solle. Es sollten auch weltraumgestützte Instrumente für die Überwachung und Bekämpfung des Klimawandels mobilisiert werden. Der französische Präsident Emmanuel Macron betonte, dass FRA 1,5 Mrd. EUR bereitgestellt werden sollen, um in fünf Jahren u.a. ein französisches Angebot für wiederverwendbare Trägerraketen zu unterbreiten und New-Space-Akteure fördern zu können.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/schlussfolgerungen-des-informellen-treffens-der-europaischen-ministerinnen-und-minister-fur-raumfahrt/>

Kommission; EU Verfahren gegen China bei der WTO

Die Kommission hat am 18.02.2022 ein Verfahren gegen China bei der Welthandelsorganisation (WTO) eingeleitet, um den High-Tech-Sektor der EU zu verteidigen. China schränke die Möglichkeiten von EU-Unternehmen ein, sich an ausländische Gerichte zu wenden, um ihre Patente zu schützen und zu nutzen. Konkret handelt es sich vorliegend um sog. standardessenzielle Patente (SEP). SEP sind für die Herstellung von Waren auf einem bestimmten internationalen Standard unerlässlich und z.B. für die Herstellung von Mobiltelefonen obligatorisch. Das Oberste Volksgericht Chinas hatte im August 2020 u.a. entschieden, dass chinesische Gerichte es Patentinhabern untersagen können, sich an ein nichtchinesisches Gericht zu wenden, um ihre Patentrechte durchzusetzen, indem diese Gerichte ein Prozessführungsverbot erlassen. Die EU bemängelt nun, dass China durch diese Vorgehensweise EU-Unternehmen im Schutz ihrer Rechte an Schlüsseltechnologien (z.B. 3G, 4G und 5G) stark einschränke, wenn ihre Patente beispielsweise von chinesischen Mobiltelefonherstellern illegal oder ohne angemessenen Ausgleich genutzt würden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1103

Kommission; Aktualisierte eingehende Überprüfung der strategischen Abhängigkeiten Europas

Am 23.02.2022 veröffentlichte die Kommission die zweite Ausgabe des Berichts der eingehenden Analyse der strategischen Abhängigkeiten Europas, aufbauend auf dem ersten Bericht, der aktualisierten Industriestrategie 2021. Es werden fünf Bereiche behandelt, in denen die EU ihre Abhängigkeit von Drittländern eruieren, bzw. bewältigen möchte: Seltene Erden und Magnesium, Chemikalien, Solarpaneele, Cybersicherheit und IT-Software). Ziel ist es, unter Berücksichtigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, den Übergang Europas zu einer grünen, resilienten und global wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu gestalten. In der zweiten Ausgabe des Berichts wurde u.a. festgestellt, dass strategische Abhängigkeiten von seltenen Erden, Magnesium und Solarpaneelen bestünden, da die weltweite Produktion stark auf China konzentriert sei. Aus dem Bericht gehen verschiedene Maßnahmen hervor, um solchen und anderen Abhängigkeiten zu begegnen: Aufgrund von Industrieallianzen ermöglichte Projektinvestitionsvorhaben in den Bereichen Rohstoffe, Batterien und Wasserstoff, Allianzen für Halbleiter und Cloud-Dienste, die Annahme von Rechtsetzungsvorschlägen der Kommission zu Batterien, Wasserstoff und Halbleitern, sowie neue internationale Partnerschaften z.B. im Rohstoffbereich.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_1124

Kommission; Treffen der Europäischen Batterie-Allianz

Am 23.02.2022 traf sich die Europäische Batterie-Allianz zum sechsten Mal in Brüssel. Dabei wurden die Fortschritte bei der Entwicklung der Batteriewertschöpfungskette in Europa sowie die dringendsten Herausforderungen für das weitere Vorgehen besprochen. Außerdem wurden die vorrangigen Aktionsbereiche der Allianz für das Jahr 2022 vorgestellt. Diese umfassen u.a. einen geplanten Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über nachhaltige Batterien, Diversifizierung der Batterierohstoffquellen, Straffung der Genehmigungsverfahren für Batterierohstoffprojekte und die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für Projekte in Europa. Des Weiteren galt das Treffen als Startschuss der Europäischen Batterieakademie, welche mit Zuschüssen von 10 Mio. EUR im Rahmen von „REACT EU“, Umschulungs- und Weiterbildungsbemühungen von 800.000 Arbeitnehmern bis 2025 auf europäischer Ebene koordinieren soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1256

Kommission; Richtlinienvorschlag für unternehmerische Sorgfaltspflichten

Am 23.02.2022 nahm die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen an. Zielsetzung des Vorschlags ist ein nachhaltiges und verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten in den globalen Wertschöpfungsketten, um somit den globalen ökologischen Wandel voranzubringen und die Menschenrechte weltweit zu schützen. Laut der Kommission spielen Unternehmen in der Erreichung dieser Ziele eine Schlüsselrolle, weswegen der Vorschlag Sorgfaltspflichten für das künftige Verhalten von Unternehmen enthalte, die zum integralen Bestandteil ihrer Unternehmenspolitik gemacht werden müssen. Demnach sollen sie verpflichtet werden, die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte und auf die Umwelt zu ermitteln und zu verhindern, bzw. einzustellen oder zu mindern. Die Umsetzung dieser Richtlinie würde für Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit schaffen. Gleichzeitig würde Transparenz für Verbraucher erreicht. Die Sorgfaltspflichten, angelehnt an den „OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln“ sollen sowohl für EU-Unternehmen als auch für in der EU tätige Unternehmen von Drittstaaten gelten. Die Richtlinie soll für EU-Unternehmen mit mindestens 500 Mitarbeitern und einem Mindestumsatz von 150 Mio. EUR und später auch EU-Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern und mehr als 40 Mio. EUR Umsatz anwendbar sein, wenn diese mindestens 50% ihres Umsatzes in einer ressourcenintensiven Branche erwirtschaften. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) fallen daher nicht in den direkten Anwendungsbereich. Der Vorschlag umfasst allerdings nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch ihre Tochtergesellschaften, sowie die gesamte Wertschöpfungskette. Der Vorschlag enthält auch den Aspekt einer zivilrechtlichen Haftung neben der Möglichkeit der Verhängung von Bußgeldern bei Verstößen gegen Sorgfaltspflichten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1145

EuGH; Schlussanträge zu Entschädigungszahlungen von der Daimler AG

Am 24.02.2022 schlug Generalanwältin Laila Medina dem EuGH in der Rechtssache C-588/20 in ihren Schlussanträgen vor, einen Beschluss der Kommission vom 19.07.2016 derart auszulegen, dass hiervon auch Sonderfahrzeuge, wie z.B. Müllfahrzeuge umfasst seien. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit des Landkreises Northeim gegen die Daimler AG von dem Landgericht Hannover. Der Landkreis hatte Entschädigungszahlungen von der Daimler AG für zwei von dem Unternehmen erworbene Müllfahrzeuge verlangt, da diese ebenfalls Gegenstand der Preisabsprachen im Rahmen des „LKW-Kartells“ gewesen seien. Das Landgericht

legte dem EuGH die Frage vor, wie der Beschluss auszulegen sei im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens. Gegen die Daimler AG und andere LKW-Hersteller war von der Kommission wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens mit o.a. Beschluss vom 19.07.2016 die bisher höchste Kartellbuße von 2,93 Mrd. EUR verhängt worden. Die Kommission hatte in dem Beschluss nur Lastkraftwagen für militärische Zwecke von seinem Geltungsbereich ausdrücklich ausgenommen. Nach Auffassung der Generalanwältin sind alle Lastkraftwagen mit einem Gewicht von 6 bis 16 Tonnen und mit einem Gewicht von über 16 Tonnen einschließlich nichtmilitärischer Sonderfahrzeuge Gegenstand des Beschlusses der Kommission.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62020CC0588>

Rat; Tagung des Rats für Wettbewerbsfähigkeit

Am 24.02.2022 tagte der Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Industrie und Binnenmarkt). Diskutiert wurden unter anderem die Zukunft des industriellen Mobilitätssystems, kritische Rohstoffe in der EU sowie der Verordnungsvorschlag gegen Verzerrungen im Binnenmarkt durch Subventionen aus Drittstaaten. Bezüglich des Wandels der Mobilität im Rahmen der grünen Wende herrschte Einigkeit darüber, dass die Dekarbonisierung von Fahrzeugen eine der obersten Prioritäten sei. Bezüglich kritischer Rohstoffe wurden drei Ziele vom Ratsvorsitz hervorgehoben: Sicherung der Versorgung außerhalb der EU, Recycling und Innovation beim Verbrauch bereits vorhandener Rohstoffe und die Schaffung eines Rahmens für die Rohstoffgewinnung innerhalb Europas. Beim Thema der ausländischen Subventionen waren sich alle Teilnehmer einig, dass gegen binnenmarktverzerrende Subventionen, die sowohl für Drittstaaten als auch die MS gelten, vorgegangen werden soll. Zudem erfolgte eine Vorstellung des Vorschlags für einen „Chip-Act“ durch die Kommission. Auch debattierte der Rat über standardisierte Ladegeräte für Elektrogeräte. Außerdem verabschiedete der Rat eine allgemeine Ausrichtung zum Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2022/02/24/>

V e r k e h r

Kommission; Kassel ist unter den Finalisten für die europäischen Preise für nachhaltige Mobilität:

Die Kommission gab am 14.02.2022 bekannt, dass dieses Jahr noch zwölf Städte im Rennen sind um die EU-Preise für nachhaltige Mobilität. Darunter ist auch Kassel mit einer Nominierung für den Preis für Städte mit über 100.000 Einwohnern. Neben Kassel sind Amadora (PTL), und Lüleburgaz (Türkei) noch im Wettbewerb um den Preis für größere Städte, während Alimos (GRI), Miajadas (ESP) und Valongo (PTL) die Finalisten in der Kategorie der Kommunen bis zu 100.000 Einwohner sind. Der Preis wird von der Kommission für Initiativen verliehen, die Städte grüner und sicherer machen sollen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaische-preise-fur-nachhaltige-mobilitat-kassel-unter-den-zwölf-finalisten-2022-02-14_de

EP; Formale Annahme der neuen Richtlinie zu Straßenbenutzungsgebühren

Am 17.02.2022 hat das EP nach Zustimmung des Rats die Richtlinie zur Änderung der Richtlinien 1999/62/EG, 1999/37/EG und (EU) 2019/520 hinsichtlich der Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch Fahrzeuge formal angenommen. Ziel der neuen Regeln ist es, die Straßenbenutzungsgebühr von einem zeit- auf ein entfernungsabhängiges Modell umzustellen. So sollen das Verursacher-

und das Nutzerprinzip umgesetzt werden. Es wurde außerdem festgesetzt, dass ab 2026 unterschiedliche Gebührensätze – zum einen für LKW und Busse auf Grundlage von CO₂-Emissionen und zum anderen für Lieferwagen und Kleinbusse in Abhängigkeit von ihrer Umweltverträglichkeit – erhoben werden sollen. Des Weiteren soll die Gültigkeit von Vignetten verkürzt und eine Preisobergrenze für PKW festgesetzt werden. Die Vignetten für LKW und Busse hingegen sollen bis 2030 bis auf wenige Ausnahmen durch eine Mautgebühr ersetzt werden. Zusätzlich sollen diese Gebühren für emissionsfreie oder emissionsarme Fahrzeuge gesenkt werden. Sollte sich ein Mitgliedstaat (MS) für das Erheben von Straßenbenutzungsgebühren entscheiden, müssen diese nach den festgesetzten Vorschriften erfolgen. Alle MS, die Gebühren erheben, sind dazu aufgerufen worden, nach drei Jahren einen Bericht über die erhobenen Gebühren und deren Verwendung zu veröffentlichen. Die MdEP forderten, dass die durch die Maut erzielten Einnahmen zur Förderung von nachhaltigem Verkehr, Infrastruktur und Mobilität innerhalb der MS genutzt werden sollen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0047_DE.html

Rat; Europäische Konferenz über vernetztes und automatisiertes Fahren

Am 16./17.02.2022 fand im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft eine Konferenz über vernetztes und automatisiertes Fahren statt. Es trafen sich insgesamt mehr als 300 an der Entwicklung neuer automatisierter Mobilitätsdienste für den Straßenverkehr beteiligte Vertreter des öffentlichen und des privaten Sektors. FRA stellte seine Entwicklung im Bereich vernetztes und automatisiertes Fahren vor, die v.a. durch die Innovationsförderung des Investitionsplans „France 2030“ erreicht wurde. Die staatliche Förderung dieser FRA-Initiative beträgt 250 Mio. EUR und wird von FRA seit 2019 zur Verfügung gestellt. Außerdem habe FRA bereits im Juni 2021 eine Strategie zur Einführung automatisierter Straßenverkehrssysteme umgesetzt. Durch die Konferenz wurde die Notwendigkeit, europäische und nationale Regelungen und Maßnahmen zu koordinieren und diese durch Pilotprojekte zu testen, verdeutlicht. Bei der Einführung von Mobilitätsdiensten zur Deckung des öffentlichen Bedarfs soll langfristig Gebietskörperschaften eine große Bedeutung zukommen.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/pressemitteilung-europaische-konferenz-zum-thema-vernetztes-und-automatisiertes-fahren/>

Kommission; Sondierungen zur Initiative zur Schiffssicherheit von Ro-Ro-Fahrtgastschiffen

Die Kommission veröffentlichte am 18.02.2022 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung der Schiffssicherheit. Inhalt des Vorschlags ist die Angleichung der Richtlinie 2003/25/EG an die neuen internationalen Leckstabilitätsnormen (SOLAS 2020). Diese wurden im Januar 2020 durch die internationale Schifffahrtsorganisation eingeführt und haben zum Ziel, die Sicherheit von Fahrgastschiffen, einschließlich sog. Ro-Ro-Fahrtgastschiffe zu erhöhen. Insbesondere soll durch die Angleichung gewährleistet werden, dass Schiffe bei einer Überflutung im Zuge eines Zusammenstoßes oder bei Grundberührung stabil und schwimmfähig bleiben. Die Sondierung endet am 15.04.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13009-Schiffssicherheit-EU-Leckstabilitatsanforderungen-fur-Ro-Ro-Fahrtgastschiffe_de

Kommission; Sondierung zur Fahrzeugsicherheit und Zertifizierung

Am 21.02.2022 hat die Kommission eine Sondierung über die Änderungen der in der Verordnung (EU)2020/683 festgelegten Muster zur Typengenehmigung und zum Nummerierungssystem des Typengenehmigungsbogens gestartet. Mit diesen Änderungen sollen die ab dem 06.07.2022 geltenden Bestimmungen der Verordnung

über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen und von deren delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten berücksichtigt werden. Die Sondierung endet am 21.03.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13067-Fahrzeugsicherheit-und-Zertifizierung-Muster-zur-Typgenehmigung-und-Nummerierungssystem-Anderungen_de

Rat; Informelles Treffen des Verkehrsministerrats

Am 21./22.02.2022 trafen sich die europäischen Verkehrsministerinnen und -minister, der französische beigeordnete Minister für Verkehr, Jean-Baptiste Djebbari, die Kommissarin für Verkehr, Adina Vălean, und die Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr, MdEP Karima Delli (Grüne/FRA). Dort sprachen sie über die drei zentralen Prioritäten im Verkehrsbereich während der französischen Ratspräsidentschaft: Dekarbonisierung, Innovation und Regulierung. Im Rahmen der Dekarbonisierung soll die Entwicklung von Wasserstoff als Kraftstoff und der Ausbau des Netzes an Ladestationen gefördert werden. Außerdem sind qualitativ hochwertige Dienste und Informationen für Nutzerinnen und Nutzer, Interoperabilität und erschwingliche Preise von hoher Bedeutung. Der Schwerpunkt der Innovation liegt bei Rechtsvorschriften im Bereich der selbstfahrenden Fahrzeuge. Diese sollen die Sicherheit, Haftbarkeit und die Datennutzung sicherstellen und kontrollieren. Außerdem sehen die Ministerinnen und Minister die Wertschöpfungsketten in Gefahr. Zum Schutz der Cybersicherheit und der Gewährleistung der Einhaltung von Datenschutzvorschriften soll aus ihrer Sicht die Wertschöpfung innerhalb Europas stattfinden. Die Ziele im Bereich der Regulierung sind u.a. die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kraftfahrer und Seeleute, die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Schienen- und Straßenverkehr sowie einer Nachhaltigkeit im Luftfahrtsektor, die sowohl ökologisch, wirtschaftlich als auch sozialverträglich ist.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/informelles-treffen-der-verkehrsminister-drei-zentrale-prioritaeten-fur-das-europa-des-verkehrs-von-morgen/>

E n e r g i e

Kommission; Interessenbekundungen zur Teilnahme am EU-Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien

Die Kommission teilte am 17.02.2022 mit, dass die Mitgliedstaaten (MS) bis zum 15.03.2022 Zeit hätten, ihr Interesse an einer Teilnahme am EU-Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien zu bekunden. Angesichts der gestiegenen Ambitionen im Hinblick auf das EU-Ziel für erneuerbare Energien für 2030 würden die kollektiven Anstrengungen der MS immer wichtiger. Der Finanzierungsmechanismus biete eine Lösung, um das verfügbare Potenzial optimal zu nutzen und gleichzeitig Vorteile sowohl für die Beitragszahler als auch für die Gastländer zu schaffen. Er würde zudem genügend Flexibilität bieten, um die Nachfrage nach Unterstützung für verschiedene Technologien, Projekttypen, Standorte und andere Kriterien, zu erfassen. Auf der Grundlage des geäußerten Interesses will die Kommission die Präferenzen abgleichen und die Bedingungen für die erste EU-weite Ausschreibung für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien festlegen.

https://ec.europa.eu/info/news/eu-renewable-energy-financing-mechanism-eu-countries-express-interest-participation-2022-feb-17_de

Kommission; EU-weite Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden

Am 22.02.2022 teilte die Kommission mit, dass der neue „Solas Sustainable Energy Fund ICAV (SSEF)“, der auf EU-Energieeffizienzinvestitionen ausgerichtet ist, seinen ersten Abschluss mit 140 Mio. EUR erzielt hat. Die Europäische Investitionsbank (EIB) habe eine Eckpfeilerinvestition von 30 Mio. EUR in den SSEF getätigt, die aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), der wichtigsten Säule der Investitionsoffensive für Europa, unterstützt werde. Der SSEF unterzeichnete auch eine Vereinbarung mit dem Förderprogramm „Private Finance for Energy Efficiency (PF4EE)“, einer gemeinsamen Initiative der Kommission über das LIFE-Programm und der EIB. Eines der Ziele von PF4EE ist es, private institutionelle Investoren wie Versicherer und Pensionsfonds zu ermutigen, in europäische Energieeffizienz-Infrastrukturen zu investieren, insbesondere im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Der SSEF soll Finanzmittel für energiesparende Geschäftsmodelle bereitstellen, die sich auf die Renovierung bestehender Infrastrukturen, v.a. von Gebäuden, konzentrieren und dabei bewährte und zuverlässige energieeffiziente Technologien wie z.B. moderne Heiz- und Kühlsysteme, Solardächer und Gebäudesubstanz einsetzen. Unterstützt werden Projekte sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_1266

Digital

Kommission; Vorschlag für ein EU-Satellitenkommunikationssystem

Die Kommission hat am 15.02.2022 eine Verordnung zur Einrichtung des Programms der Union für sichere Konnektivität für den Zeitraum 2023-2027 vorgeschlagen. Mit der vorgeschlagenen Verordnung soll ein EU-Satellitenkommunikationssystem errichtet werden, das weltweit sichere, flexible und widerstandsfähige Satellitenkommunikationsdienste für EU-Behörden und Mitgliedstaaten erbringt. Es soll außerdem kommerziellen Nutzern zur Verfügung stehen und so u.a. Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze in entlegenen Gebieten ermöglichen. Die Kommission schätzt die Gesamtkosten auf 6 Mrd. EUR. Dieses Budget soll durch EU-Mittel, Mittel der Mitgliedstaaten, der Europäischen Weltraumorganisation ESA sowie des Privatsektors im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft erbracht werden. Die Entwicklung soll 2023 anlaufen, die kompletten Dienste sollen ab 2028 verfügbar sein.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/proposal_regulation_union_secure_connectivity_programme_de.pdf

Kommission; strategische Vorausschau 2022 zum grünen und digitalen Wandel

Die Kommission hat am 17.02.2022 dazu aufgerufen, zu einer geplanten Mitteilung über das Ineinandergreifen von ökologischem und digitalem Wandel Stellung zu nehmen. Sie will eine strategische Vorausschau 2022 erarbeiten, die sich mit Fragen des „doppelten Übergangs“ im Sinne des grünen und digitalen Wandels (sog. twin transition) befasst. Behandelt werden sollen u.a. Fragen zu den wichtigsten Synergien und Zielkonflikten, die sich aus dem doppelten Übergang ergeben, z.B. Elektroabfälle und digitaler CO₂-Fußabdruck, sowie zu Schlüsseltechnologien und zur Rolle nichttechnologischer Faktoren wie Regulierung, Finanzierung, Verhaltensänderungen, gesellschaftliche Akzeptanz und Kompetenzen. Die Kommission nimmt Rückmeldungen zu der Initiative bis zum 17.03.2022 entgegen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13384-Strategische-Vorausschau-2022-Besseres-Verstandnis-des-Ineinandergreifens-von-okologischem-und-digitaalem-Wandel_de

Kommission; Programm Digitales Europa – zweite Ausschreibung

Die Kommission hat am 22.02.2022 die zweite Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Digitales Europa (DEP) veröffentlicht; die erste Aufforderung war im November 2021 bekannt gemacht worden (vgl. BaB 22/2021). Grundlage der Ausschreibungen sind die drei DEP-Arbeitsprogramme (vgl. BaB 21/2021). Die Ausschreibungen richten sich an Unternehmen, Organisationen und öffentliche Verwaltungen aus den Mitgliedstaaten (MS), den EFTA/EWR-Ländern sowie an Einrichtungen aus anderen mit dem Programm assoziierten Ländern. Im Rahmen dieser Förderung werden über 249 Mio. EUR in verschiedenen Bereichen investiert: Datenräume, europäische Blockchain-Infrastruktur, Schulungen für fortgeschrittene digitale Kompetenzen, digitale Lösungen für bessere Behördendienste, Projekte zur Erprobung des Einsatzes Künstlicher Intelligenz (KI) zur Verbrechensbekämpfung und KI-Testeinrichtungen. Letztere werden KI für die Bereiche Fertigung, Lebensmittel, Gesundheit und intelligente Gemeinschaften testen. Darüber hinaus werden Zuschüsse in Höhe von 43 Mio. EUR für die Cybersicherheit im Gesundheitswesen und den Aufbau eines Netzes von Zentren bereitgestellt, die die MS bei der Umsetzung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften zur Cybersicherheit unterstützen sollen. Die Frist für diese Aufforderungen endet am 17.05.2022.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-invest-eu292-million-digital-technologies-and-cybersecurity>

Kommission; Vorschlag für ein EU-Datengesetz (sog. Data Act)

Die Kommission hat am 23.02.2022 ein EU-Datengesetz, den sog. Data Act, vorgelegt. Der Vorschlag, der auch eine Überarbeitung der Datenbank-Richtlinie 96/6/EG vorsieht, regelt Zugang und Nutzung von Daten zwischen privaten Wirtschaftsakteuren (sog. „Business to Business“), zwischen Wirtschaft und Verbrauchern (sog. „Business to Consumer“), sowie zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand (sog. „Business to Government“). Die neue Verordnung soll sowohl der Privatwirtschaft als auch dem öffentlichen Sektor einen breiteren Zugang zu Daten ermöglichen und Anreize für eine stärkere Datennutzung setzen. Insgesamt werden fünf Aspekte der Datenwirtschaft geregelt: Der Zugriff auf Daten im Internet der Dinge, die Beseitigung unfairer Vertragsgestaltungen zu Lasten von kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU), die Bereitstellung von Daten der Privatwirtschaft zu öffentlichen Zwecken, das Erleichtern des Wechsels zwischen Cloud-Diensten sowie die Förderung von technischer Standardisierung und Interoperabilität. Der Entwurf erweitert materiellrechtlich die Datenzugangsrechte in der EU. So werden Produkthersteller (Ausnahme: Kleinunternehmen und kleine Unternehmen nach EU-Definition) verpflichtet, netzwerkfähige Produkte möglichst „daten-transparent“ zu gestalten. Nutzer des Produkts sollen einen einfachen (und wenn möglich direkten) Zugang zu den bei der Nutzung erhobenen oder generierten Daten haben. Die Kommission hat zusammen mit dem Verordnungsvorschlag ein Dokument der Kommissionsdienststellen veröffentlicht, das den aktuellen Sachstand bei der Schaffung Sektor spezifischer gemeinsamer europäischer Datenräume darstellt. Geplant sind derartige Datenräume u.a. für (industrielle) Fertigung, Grüner Deal, Mobilität, Finanzen, Gesundheit, Landwirtschaft, Medien und öffentliche Verwaltung.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/data-act-proposal-regulation-harmonised-rules-fair-access-and-use-data>

Kommission; Konsultationsplattform zu europäischen digitalen Identität

Die Kommission hat am 24.02.2022 eine Konsultationsplattform eingerichtet, über die interessierte Kreise Eingaben machen können zur Gestaltung der sog. „digitalen Briefftasche“ („wallet“) der geplanten europäischen digitalen Identität (EUid). Der Legislativvorschlag zur Schaffung der EUid, den die Kommission im Juni 2021 vorgelegt hatte (vgl. BaB 11/2021), sieht Briefftaschen vor, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollen, sich digital auszuweisen, Identitätsdaten zu speichern und zu verwalten sowie amtliche Dokumente in elektronischer Form zu speichern. Dazu können ein Führerschein, ärztliche Verschreibungen oder Diplome gehören. So sollen Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, ihre Identität nachzuweisen, wenn sie Online-Diensten nutzen, digitale Dokumente austauschen oder ein bestimmtes persönliches Merkmal, wie z. B. das Alter, nachzuweisen. Die technische Umsetzung soll über eine gemeinsame EU-Toolbox erfolgen, an der die Mitgliedstaaten derzeit arbeiten. Über die nun eingerichtete Plattform können interessierte Akteure die Arbeiten begleiten und Expertise einbringen. Die Nutzung der Plattform setzt eine vorherige Registrierung voraus.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/european-digital-identity-online-consultation-platform-european-digital-identity-wallets>

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; ko-programmierte Partnerschaften

Die Kommission hat am 17.02.2022 mit den sog. Memoranda of Understanding (MoU) die Gründungsdokumente künftiger ko-programmierter Europäischen Partnerschaften veröffentlicht. Die öffentlich-privaten Partnerschaften sind fester Bestandteil der zweiten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Im Rahmen der vorgesehenen elf Partnerschaften arbeitet die Kommission mit Partnern aus der Industrie daran, Investitionen in Forschung und Innovation anzukurbeln. Zu den vorgesehenen Partnerschaften gehören u.a. folgende: Partnerschaft für die Europäische Cloud für offene Wissenschaft, Partnerschaft für künstliche Intelligenz, Daten und Robotik, Partnerschaft für Fotonik, Partnerschaft für sauberen Stahl, Partnerschaft für eine nachhaltige bauliche Umwelt (Built4People).

https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/european-partnerships-horizon-europe_en

Kommission; Horizont Europa; Forschungsfonds für Kohle und Stahl

Am 21.02.2022 hat die Kommission eine Ausschreibung zur Einreichung von Vorschlägen für den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (RFCS) veröffentlicht. Dieser umfasst zwei Ausschreibungen mit einem Gesamtbudget von 142 Mio. EUR. Der RFCS ist ein EU-Finanzierungsprogramm zur Unterstützung von Forschungs- und Demonstrationsprojekten in den Sektoren Kohle und Stahl. Die erste Ausschreibung zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Stahl wird mit 104 Mio. EUR gefördert und umfasst Pilot- und Demonstrationsprojekte für innovative Stahlerzeugungstechnologien wie die Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung, die Prozessintensivierung und die CO₂-neutrale Eisenerzreduktion. Die zweite Ausschreibung im Bereich der Kohle ist mit 38 Mio. EUR versehen und deckt Pilot- und Demonstrationsprojekte ab, welche die Wiederverwendung stillgelegter Kohlebergwerke unterstützen. Die neuen Ausschreibungen zielen auf Großprojekte mit einem hohen technologischen Bereitschaftsgrad ab, die der Stahl- und

Kohleindustrie zu einem nachhaltigeren Übergang verhelfen sollen. Projekte können bis zum 03.05.2022 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/news/new-research-fund-coal-and-steel-calls-eur-142-million-research-support-european-green-deal-and-just-transition-2022-feb-18_en

Kommission; Gleichstellung; Wissenschaft; Innovation;

Am 11.02.2022 erklärte Forschungskommissarin Mariya Gabriel anlässlich des internationalen Tages der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft, wie die Kommission ihre Bemühungen um eine stärkere Beteiligung von Frauen und Mädchen an Forschungsarbeiten und Innovation verstärken kann. Die neueste ‚She Figures‘-Publikation der Kommission zeige, dass Frauen bei Promotionen in den MINT-Fächern weiterhin unterrepräsentiert seien. Mithilfe eines Gleichstellungsplans möchte die Kommission strukturelle Barrieren abbauen und einen langfristigen institutionellen Wandel in Forschungseinrichtungen vorantreiben. Der Gleichstellungsplan (Gender Equality Plan) ist Voraussetzung für die Antragstellung in Horizont Europa, dem Forschungsrahmenprogramm der EU. Kommissarin Gabriel lud in ihrer Erklärung Frauen aus allen Bereichen der Forschung und Innovation dazu ein, sich als Gutachterinnen in der Expertendatenbank der Kommission zu registrieren. Darüber hinaus seien künftig im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 weitere Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen von Horizont Europa vorgesehen, um junge Frauen in MINT-Berufen zu fördern.

https://ec.europa.eu/info/news/international-day-women-and-girls-science-2022-feb-11_en

Finanzdienstleistungen

Kommission; Verbesserung der Schutzvorschriften für Kleinanleger

Die Kommission hat am 21.02.2022 eine Konsultation eingeleitet, um Meinungen darüber einzuholen, wie Kleinanlegerinnen und Kleinanleger in der EU besser gefördert werden können. Obwohl Europa eine der höchsten individuellen Sparquoten der Welt aufweist, ist die Beteiligung von Kleinanlegerinnen und Kleinanlegern an den Kapitalmärkten im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften nach wie vor sehr gering. Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für diese Strategie hat die Kommission im Jahr 2021 eine öffentliche Konsultation eingeleitet, aus der hervorging, dass viele Interessengruppen einfachere und kundenorientiertere Methoden zur Bewertung der Anlagebedürfnisse und -hemmnisse ihrer Kundinnen und Kunden fordern. Die Konsultation zielt daher darauf ab, zu untersuchen, wie dies erreicht werden kann. Ziel ist insbesondere die Verbesserung der so genannten Eignungs- und Angemessenheitstests, mit denen die Profile der Anlegerinnen und Anleger bewertet werden. Die Konsultation läuft bis zum 21.03.2022.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/wie-konnen-schutzvorschriften-fur-kleinanleger-verbessert-werden-ihre-meinung-ist-gefragt-2022-02-21_de

EuRH; Sonderbericht über den Binnenmarkt für Investmentfonds

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 22.02.2022 seinen Sonderbericht zu "Investmentfonds: Die Maßnahmen der EU haben noch nicht zu einem echten Binnenmarkt zum Vorteil der Anleger geführt" veröffentlicht. Darin heißt es, dass die EU die Voraussetzungen dafür geschaffen habe, dass ein Binnenmarkt für Investmentfonds über die Grenzen der Mitgliedstaaten (MS) hinweg entstehen könne und dass private Geldanlagen geschützt seien. Doch seien dabei nach Ansicht der Prüferinnen und Prüfer nicht alle ehrgeizigen Ziele erreicht worden. Viele potenzielle

Vorteile für Investoren bleiben demnach ungenutzt. Ein echter Binnenmarkt für Investmentfonds existiere bis heute nicht und grenzüberschreitende Tätigkeiten seien nach wie vor selten. Zudem gebe es noch immer keine einheitliche Fondsaufsicht über die MS hinweg, der Anlegerschutz sei nach wie vor schwach und systemische Risiken würden nicht ausreichend überwacht.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_04/SR_SM-for-Invest-Funds_DE.pdf

EuGH; Umfang der vorvertraglichen Mitteilungspflicht bei unit-linked Verträgen über Gruppenlebensversicherungen

In seinem Urteil vom 24.02.2022 in den verbundenen Rechtssachen C-143/20 A und C-213/20 „A.“ Towarzystwo Ubezpieczeń Życie klärte der EuGH den Umfang der vorvertraglichen Mitteilungspflicht bei unit-linked Verträgen über Gruppenlebensversicherungen. Der EuGH stellt zunächst fest, dass das Versicherungsverhältnis zwischen dem Versicherungsunternehmen und den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die einem unit-linked-Gruppenvertrag beigetreten sind, unter den Begriff des Versicherungsvertrags im Sinne der Richtlinie 2002/83 fällt, so dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, die durch ihren Beitritt zu dem Gruppenvertrag Partei dieses Versicherungsverhältnisses werden, unter den Begriff des Versicherungsnehmers im Sinne der Richtlinie fallen. Sodann stellt der EuGH in Bezug auf das Rechtssubjekt, dem die vorvertragliche Mitteilungspflicht obliegt, zum einen fest, dass das Versicherungsunternehmen vor Abschluss eines unit-linked-Gruppenvertrags dem diesen Vertrag annehmenden Unternehmen mindestens die in der Richtlinie 2002/832 aufgeführten Angaben mitzuteilen hat. Der EuGH äußert sich ferner zur Angabe der Art der zugrundeliegenden Vermögenswerte, die Verbraucherinnen und Verbrauchern vor deren Beitritt zu einem unit-linked-Gruppenvertrag mitzuteilen sind. Insoweit betont er, dass die Merkmale der Finanzinstrumente, aus denen die einem unit-linked-Vertrag zugrundeliegenden Vermögenswerte bestehen, bei der von Verbraucherinnen und Verbrauchern in voller Sachkenntnis vorgenommenen Auswahl eines solchen Versicherungsprodukts von entscheidender Bedeutung sind. Schließlich stellt der EuGH fest, dass die Unterlassung der Mitteilung der in der Richtlinie 2002/83 genannten Informationen an Verbraucherinnen und Verbraucher, die einem unit-linked-Gruppenvertrag beitreten, eine irreführende Unterlassung im Sinne der Richtlinie 2005/294 darstellen kann.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220036de.pdf>

F i n a n z e n

Kommission; Verstärkter Überwachungsbericht für GRI

Die Kommission hat am 23.02.2022 den dreizehnten verstärkten Überwachungsbericht für GRI veröffentlicht. Der Bericht wird im Kontext des verstärkten Überwachungsrahmens erstellt, mit dem sichergestellt werden soll, dass GRI nach dem erfolgreichen Abschluss des Finanzhilfeprogramms im Jahr 2018 weiterhin bei der Erfüllung seiner Reformverpflichtungen unterstützt wird. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass GRI die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um seine spezifischen Verpflichtungen zu erfüllen. Dies geschah trotz der schwierigen Umstände, die durch die Pandemie weiterhin gegeben sind. Die Behörden haben ihre spezifischen Verpflichtungen in verschiedenen Bereichen erfüllt, insbesondere in Bezug auf die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, den Abschluss der administrativen Umstrukturierung des einheitlichen Rentenfonds und die Vereinfachung der Investitionslizenzen in den vereinbarten Sektoren.

Rat; Aktualisierung der Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke

Der Rat hat am 24.02.2022 Schlussfolgerungen zur überarbeiteten EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke angenommen und dabei beschlossen, die folgenden Länder und Gebiete weiterhin auf der Liste zu führen: Amerikanisch-Samoa, Fidschi, Guam, Palau, Panama, Samoa, Trinidad und Tobago, die Amerikanischen Jungferninseln und Vanuatu. Der Rat bedauert, dass diese Länder und Gebiete in steuerlichen Angelegenheiten weiterhin nicht kooperativ sind, und ersucht sie, mit der Gruppe „Verhaltenskodex“ zusammenzuarbeiten, um die offenen Fragen zu klären. Neben der Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete hat der Rat das übliche Dokument über den Stand der Zusammenarbeit gebilligt, das die laufende Zusammenarbeit der EU mit ihren internationalen Partnern und die von diesen Ländern und Gebieten eingegangenen Verpflichtungen bezüglich einer Überarbeitung ihrer Rechtsvorschriften zwecks Einhaltung der vereinbarten Standards für verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich, widerspiegelt. Damit soll die laufende konstruktive Arbeit im Steuerbereich anerkannt und der positive Ansatz kooperativer Länder und Gebiete hinsichtlich der Umsetzung der Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich gefördert werden.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/24/taxation-council-reviews-list-of-non-cooperative-countries-for-tax-purposes/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Steuern%3a+Rat+%u00fcbcrpr%u00fcbt+Liste+nicht+kooperativer+L%u00e4nder+und+Gebiete+f%u00fcr+Steuerzwecke

Soziales

Kommission; Kommission präsentiert Strategie zur Förderung menschenwürdiger Arbeit

Am 23.02.2022 präsentierte die Kommission ihre Mitteilung über menschenwürdige Arbeit weltweit. Darin wird insbesondere die Rolle der EU in Europa sowie auf globaler Ebene hervorgehoben. Im Zentrum der Bemühungen stehen die Beseitigung von Kinder- und Zwangsarbeit: So verrichten jedes zehnte Kind gegenwärtig und 25 Mio. erwachsene Menschen Zwangsarbeit. Im Rahmen der Strategie bereitet die EU ein neues Rechtsinstrument vor, das durch Zwangsarbeit hergestellte Produkte auf dem EU-Markt verbieten soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_1187

EuGH; ESP Regelung zum Ausschluss von Hausangestellten bei Leistungen der Arbeitslosenversicherung verstößt gegen Unionsrecht (Rechtssache C-389/20)

Der EuGH hat am 24.02.2022 geurteilt, dass eine ESP-Sonderregelung für Hausangestellte gegen Unionsrecht verstößt. Das spanische allgemeine Gesetz zur sozialen Sicherheit sieht vor, dass Hausangestellte, die ihre Arbeit verlieren, kein Arbeitslosengeld bekommen. Da mit über 95% ein Großteil der Hausangestellten weiblich sind, sieht der EuGH in dieser Regelung einen Widerspruch zur Gleichstellungsrichtlinie der EU. Außerdem erkennt er in der spanischen Regelung keine ausreichende Rechtfertigung dafür, dass Hausangestellte, unabhängig von ihrem Geschlecht, kein Arbeitslosengeld bekommen. Mit dem Urteil folgt der Gerichtshof den Schlussanträgen von Generalanwalt Maciej Szpunar.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=3FC2B75A17B3E28225E2E75C18E75550?text=&docid=254589&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&ir=&occ=first&part=1&cid=1111233>

Gesundheit und Verbraucherschutz

OSHA; Studie zu Sicherheit und Gesundheitsschutz im Gesundheits- und Sozialwesen

Am 23.02.2022 stellte die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) eine Studie zur Sicherheit und Gesundheitsschutz im Gesundheits- und Sozialwesen vor. Laut ESENER Studie (European Survey of Enterprises on New and Emerging Risks) sind Beschäftigte dieser Branchen unterschiedlichen Sicherheit- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Die Studie soll wichtige Erkenntnisse zur Verbesserung des Managements in Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz liefern. Die Schlussfolgerungen des Berichts sollen bei einem Workshop am 04.05.2022 dargelegt werden.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/esener-shows-how-health-and-safety-managed-human-health-and-social-work>

EMA; European Medicines Regulatory Network nimmt gemeinsamen Standard für elektronische Produktinformation zu Arzneimitteln in EU an

Am 22.02.2022 nahm das European Medicines Regulatory Network einen gemeinsamen Standard für die elektronischen Produktinformationen (ePI) zu Arzneimitteln in der Europäischen Union (EU) an. Dadurch soll über die ständig wachsende Zahl elektronischer Kanäle eine breitere Verbreitung aktueller Informationen zu allen verfügbaren Arzneimitteln erreicht werden. Die Annahme des gemeinsamen Standards war eines der wichtigsten Ergebnisse eines ePI-Projekts der EMA, der zuständigen nationalen Behörden (NCAs) und der Kommission aus dem Jahr 2021.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/european-medicines-regulatory-network-adopts-eu-common-standard-electronic-product-information>

HaDEA; Förderaufruf für inhaltliche Ansätze zu EU4Health Programm

Die EU-Gesundheitsagentur HaDEA (European Health and Digital Executive Agency) ruft am 22.02.2022 im Rahmen des EU4Health Programms zur Einreichung themenspezifischer Vorschläge auf. Bis zum 24.05.2022, können Anträge zu u.a. den Themen Krebsvorsorge, nicht übertragbare Krankheiten (NCDs), psychische Gesundheit, Gesundheitstechnologie sowie Arbeitskräfte bei HaDEA eingereicht werden. Für das Projekt steht ein Gesamtbudget von 107, 3 Mio. EUR zur Verfügung. Das EU4Health-Programm strebt an, die Widerstandsfähigkeit der europäischen Gesundheitssysteme zu verbessern. Das Programm stellt nationalen Behörden, Gesundheitsorganisationen und anderen Einrichtungen durch Zuschüsse und öffentliche Auftragsvergabe Finanzmittel zur Verfügung.

https://hadea.ec.europa.eu/programmes/eu4health_en

https://hadea.ec.europa.eu/news/8-new-calls-proposals-under-eu4health-2022-work-programme-2022-02-22_en

ECDC; Aktueller Stand Entzündungssyndrom bei Kindern

Am 22.02.2022 stellte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten über den aktuellen Sachstand zum multisystemischen entzündlichen

Syndrom (MIS-C) bei Kindern vor. Im Zentrum stand hierbei u.a. das Fehlen einer gemeinsamen standardisierten Syndromdefinition.

https://www.ecdc.europa.eu/sites/default/files/documents/Joint-ECDC-ESPID_MISC-webinar-Report_10022022.pdf

Kommission; Sondierung zur Beschränkung von Gefahrstoffen in Elektronikgeräten

Die Kommission stellt für die Zeit vom 14.02. bis 14.03.2022 die Sondierung zu einer Folgenabschätzung zu dem geplanten Vorschlag für eine Richtlinie über Beschränkungen für den Einsatz von Gefahrstoffen in der Elektronik zur Konsultation. Die EU-Vorschriften beschränken die Verwendung bestimmter Schadstoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu schützen und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten. Die Initiative soll die derzeitigen Vorschriften vereinfachen und effizienter gestalten und ihre Durchsetzung verbessern.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13137-Review-Restriction-of-the-use-of-hazardous-substances-in-electronics_de

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Abwrackeinrichtungen von Schiffen

Die Kommission stellte für die Zeit vom 15.02. bis 15.03.2022 den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses mit einer aktualisierten europäischen Liste (9. Fassung) für Abwrackeinrichtungen zur Konsultation. Eigner von Schiffen, die die Flagge eines EU-Landes führen, sind gesetzlich dazu verpflichtet, diese Schiffe am Ende ihrer Betriebsdauer in Werften abwracken zu lassen, die gemäß den Gesundheits- und Umweltnormen der EU zugelassen sind. Mit dieser Initiative wird die Liste der zugelassenen Abwrackeinrichtungen aktualisiert.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13221-Abwrackeinrichtungen-aktualisierte-europaische-Liste-9-Fassung_de

Kommission; Sondierung zum Schutz der Bodengesundheit

Die Kommission stellte für die Zeit vom 16.02. bis 16.03.2022 die Sondierung zu einer Folgenabschätzung zu dem geplanten Vorschlag für eine Richtlinie über Schutz, nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung von Böden in der EU zur Konsultation. Es wird betont, dass Böden für unsere Ernährung, Natur und Wirtschaft von grundlegender Bedeutung seien und den gleichen Schutz wie Wasser, Luft und die Meeresumwelt verdienen. Mit dem Bodengesundheitsgesetz, das in der EU-Bodenstrategie für 2030 angekündigt wurde, sollen die Voraussetzungen für einen gesunden Boden genannt, Optionen für die Bodenüberwachung bestimmt und Regeln für eine nachhaltige Nutzung und Wiederherstellung von Böden festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13350-Bodengesundheit-Schutz-nachhaltige-Bewirtschaftung-und-Wiederherstellung-von-Boden-in-der-EU_de

Kommission; EU investiert 110 Mio. EUR in LIFE-Projekte

Die Kommission kündigte am 17.02.2022 eine Investition in Höhe von mehr als 110 Mio. EUR in integrierte Umwelt- und Klimaschutzprojekte im Rahmen des LIFE-Programms an, die nach einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Jahr 2020 ausgewählt wurden. Aus diesen Mitteln werden neue Umwelt- und Klimaprojekte in elf EU-Ländern (DNK, EST, FIN, FRA, LET, LIT, ND, POL, SLO,

CZR und CYP) unterstützt. Die Projekte sollen zu einem umweltverträglichen Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie beitragen und die Ziele des europäischen Grünen Deals unterstützen, die EU bis 2050 klimaneutral und schadstofffrei zu machen. Sie sind Beispiele für Maßnahmen, mit denen zentrale Ziele des europäischen Grünen Deals im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 und des EU-Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft verwirklicht werden sollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_864

Kommission; Konsultation zu Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

Am 22.02.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik. Mit dieser Initiative soll gegen Mikroplastik vorgegangen werden, das unbeabsichtigt in die Umwelt gelangt. Im Mittelpunkt stehen Kennzeichnungs-, Standardisierungs-, Zertifizierungs- und Regulierungsmaßnahmen für die wichtigsten Quellen solcher Kunststoffe. Ziel ist es, den Kenntnisstand in Bezug auf die Risiken und das Vorkommen von Mikroplastik in der Umwelt, in Trinkwasser und in Lebensmitteln zu verbessern und die Umweltverschmutzung und die potenziellen Gesundheitsrisiken zu vermindern. Rückmeldungen sind bis zum 17.05.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12823-Umweltverschmutzung-durch-Mikroplastik-Ma%C3%9Fnahmen-zur-Eindammung-der-Umweltfolgen_de

EuGH; Umweltprüfung zum Landschaftsschutzgebiet „Inntal Süd“

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 22.02.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-300/20, Bund Naturschutz in Bayern, zu der Frage verkündet, ob dem Erlass einer nationalen Maßnahme zum Schutz von Natur und Landschaft wie der Verordnung des Landkreises Rosenheim vom 10.04.2013 über das Landschaftsschutzgebiet „Inntal Süd“, mit der das Schutzgebiet um ca. 650 ha verkleinert wurde, eine Umweltprüfung vorausgehen muss. Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis, dass die „Inntal Süd“-Verordnung keiner Umweltprüfung unterzogen werden müsse. Es sei jedoch Sache des vorlegenden Gerichts, dies zu prüfen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-300/20>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Hausgrille als neuartiges Lebensmittel zugelassen

Die Kommission hat am 10.02.2022 das Heimchen, auch bekannt als Hausgrille (*Acheta domestica*), als neuartiges Lebensmittel in der EU genehmigt. Es wird als Ganzes, entweder gefroren oder getrocknet, sowie als Pulver erhältlich sein. Die Zulassung erfolgte nach einer wissenschaftlichen Bewertung durch die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Die EFSA kam zu dem Schluss, dass das Heimchen unter den vom antragstellenden Unternehmen angegebenen Verwendungszwecken sicher ist. Produkte, die dieses neuartige Lebensmittel enthalten, werden so gekennzeichnet, dass sie über mögliche allergische Reaktionen informieren. Die Mitgliedstaaten hatten im Dezember grünes Licht für die Zulassung gegeben. Zuvor wurden bereits getrocknete gelbe Mehlwürmer, sowie die Wanderheuschrecke zugelassen. Unter dem Begriff neuartiges Lebensmittel versteht

man alle Lebensmittel, die vor dem 15.05.1997 nicht in nennenswertem Umfang in der EU für den menschlichen Verzehr verwendet wurden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/hausgrille-kommission-lasst-drittes-insekt-als-lebensmittelzutat-fur-den-eu-markt-zu-2022-02-11_de

Kommission; Konsultation zu Fernkontrollen bei EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch

Die Kommission stellte für die Zeit vom 10.02. bis 10.03.2022 den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Fernkontrollen im Schuljahr 2021/2022 beim EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch zur Konsultation. Die Covid-19-Einschränkungen in den verschiedenen EU-Ländern erschwerten Kontrollen in den Räumlichkeiten von Schulen, die am EU-Programm für Obst, Gemüse und Milch teilnehmen. Durch diese Initiative erhalten die EU-Länder für das Schuljahr 2021/2022 die Möglichkeit, die erforderlichen Kontrollen aus der Ferne durchzuführen, also z. B. in Form einer Videokonferenz.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13354-EU-Schulprogramm-fur-Obst-Gemuse-und-Milch-Fernkontrollen-im-Schuljahr-2021-2022-aufgrund-von-COVID-19_de

Kommission; Sondierung zu Bericht über Kontrolle von Agrareinfuhren

Die Kommission stellte für die Zeit vom 16.02. bis 16.03.2022 die Sondierung zum Bericht über die Anwendung der EU-Gesundheits- und Umweltstandards bei der Einfuhr von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen zur Konsultation. In diesem Bericht werden die Gründe und die rechtliche Durchführbarkeit der Anwendung der EU-Gesundheits- und Umweltstandards auf eingeführte Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse bewertet. Dabei geht es unter anderem um Tierschutzstandards, Verfahren und Erzeugungsmethoden. Es könnten darin auch konkrete Initiativen zur Gewährleistung einer kohärenteren Anwendung dieser Standards im Einklang mit den Bestimmungen der Welthandelsorganisation aufgezeigt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13371-Einfuhr-von-Agrar-und-Lebensmit-telerzeugnissen-Anwendung-der-EU-Gesundheits-und-Umweltstandards-Bericht_de

EP; Umsetzungsbericht über das Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere

In seiner Entschließung vom 16.02.2022 begrüßt das EP die Bewertung und Überarbeitung der Tierschutzvorschriften durch die Kommission bis 2023, einschließlich derjenigen für den Transport und die Schlachtung von Tieren, die darauf abzielen, diese Vorschriften mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen in Einklang zu bringen, ihren Anwendungsbereich auszuweiten, die Durchsetzung zu erleichtern und ein höheres Tierschutzniveau sicherzustellen, wie es in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ niedergelegt wurde. Das EP empfiehlt, dass allen Nutztierhaltern durch einen Unionsrahmen, der auf objektiven Indikatoren auf der Grundlage der fünf von der Weltorganisation für Tiergesundheit festgelegten Grundfreiheiten von Tieren basiert, die Mittel an die Hand gegeben werden, um Fortschritte zu erzielen. Das EP fordert insbesondere bei Impfungen und dem unnötigen Einsatz antimikrobieller Wirkstoffe ein besseres Management der Vorbeugung im Bereich der Tiergesundheit und die Förderung strenger Normen in den Bereichen Tiergesundheit und Tierwohl, um die Ausbreitung von Zoonosen zu verhindern.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0030_DE.html

EP; Einspruch gegen Zulassung von Gensoja und Genbaumwolle

In zwei nichtbindenden Entschlüssen wandte sich das EP am 15.02.2022 gegen zwei Durchführungsbeschlüsse der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte GMB151 (BCS-GM151-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, und gegen die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0024_DE.html

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0025_DE.html

Kommission; Neuer EU-Preis für Öko-Landwirtschaft ausgerufen

Die Europäische Kommission, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Europäische Ausschuss der Regionen und die Verbände COPA-COGECA und IFOAM Organics Europe haben am 18.02.2022 gemeinsam den neuen EU-Bio-Preis ins Leben gerufen, der herausragende Leistungen entlang der ökologischen Wertschöpfungskette und die innovativsten Akteure in der Bio-Landwirtschaft in der EU würdigen soll. Bewerbungen sind vom 25.03. bis zum 08.06.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/news/launch-first-eu-organic-awards-2022-feb-18_en

Kommission; Kompetenzpartnerschaft im Agrar- und Lebensmittelbereich

Mit Unterstützung der Kommission stellte die Land- und Ernährungswirtschaft am 18.02.2022 eine Kompetenzpartnerschaft im Rahmen des EU-Kompetenzpakts vor. Ziel der Partnerschaft ist es, die Kompetenzen zu stärken und die Menschen im Agrar- und Lebensmittelsektor zu schulen. Zu den Unterzeichnern der Partnerschaft gehören EU-Verbände, Unternehmen, Organisationen, Universitäten und nationale Verbände. Zu den Verpflichtungen gehören die Entwicklung von Partnerschaften zwischen Organisationen der allgemeinen und beruflichen Bildung, Innovationsakteuren und Unternehmen sowie die Schaffung eines EU-weiten Rahmens für Kompetenzen und Berufsprofile.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_22_1185

Rat; Nachhaltigkeit bei internationalen Lebensmittelstandards

Beim Treffen der Landwirtschaftsministerinnen und -minister am 21.02.2022 forderten diese Nachhaltigkeitsaspekte bei der Festlegung von Lebensmittelsicherheitsstandards für den internationalen Handel stärker in den Vordergrund zu rücken. In den auf der Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei gebilligten Schlussfolgerungen erkennen sie die entscheidende Rolle an, die der Codex-Alimentarius-Kommission (CAC) bei der Erleichterung der Umstellung auf nachhaltige Lebensmittelsysteme zukommt, und bekräftigen das Engagement der EU für die Beibehaltung hoher Standards und fairer Praktiken. Der Rat würdigt den wesentlichen Beitrag der CAC zur Gewährleistung der höchstmöglichen Sicherheitsstandards für in die EU eingeführte Lebensmittel. Er räumt jedoch ein, dass die CAC angesichts zunehmender Umweltprobleme und der sich ändernden Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher weiterentwickeln muss. Die Ministerrunde fordert die CAC ferner auf, die Koordinierung der Normung zwischen internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen zu verbessern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/21/council-calls-for-greater-emphasis-on-sustainability-in-food-safety-standards/>

Rat; Verringerung der Methanemissionen von Milchkühen

Die EU-Staaten haben am 23.03.2022 auf Vorschlag der Europäischen Kommission einen neuen Futtermittelzusatz für Milchkühe für den Einsatz in der EU genehmigt.

Dieser soll die Emission des Treibhausgases Methan bei Kühen um bis zu 35 Prozent verringern. Eine wissenschaftliche Bewertung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hatte zuvor bestätigt, dass das Produkt für Kühe und Menschen sicher ist und die Qualität der Milchprodukte nicht beeinträchtigt. Der Futtermittelzusatzstoff namens Bovaer® 10 besteht aus 3-Nitrooxypropanol. Nach der nun noch ausstehenden formellen Entscheidung durch die Europäische Kommission wird er in einigen Monaten als erster seiner Art auf dem EU-Markt erhältlich sein.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/klimafreundlichere-verdauung-neuer-futtermittelzusatz-soll-methanemissionen-von-milchkuhen-2022-02-23_de

Justiz

EuGH; Urteil - Sanktionen bei Verkauf von Zigaretten an Minderjährige

Der EuGH hat am 24.02.2021 in der Rechtssache C-452/20 (Agenzia delle dogane e dei monopoli und Ministero dell'Economia e delle Finanze) entschieden, dass die Mitgliedstaaten gegen Wirtschaftsteilnehmer, die gegen das Verbot des Verkaufs an Minderjährige verstoßen, Verwaltungssanktionen wie die 15-tägige Aussetzung ihrer Betriebslizenz verhängen dürfen. Das Interesse am Schutz der menschlichen Gesundheit habe Vorrang gegenüber dem Recht von Unternehmern, Tabakerzeugnisse zu verkaufen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-452/20>

EuG; Urteil – Schadensersatzklagen gegen die Union

Am 23.02.2022 hat der EuG in den Rechtssachen T-834/17 (United Parcel Service / Kommission) und T-540/18 (ASL Aviation Holdings und ASL Airlines (Ireland) / Kommission) zwei Schadensersatzklagen von UPS und ASL Aviation Holdings abgewiesen. Die beiden Gesellschaften forderten den Ersatz wirtschaftlicher Schäden, die ihnen aufgrund der Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unvereinbarkeit eines angemeldeten Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt entstanden sein sollen. Der EuG ist der Auffassung, dass die drei kumulativen Voraussetzungen für eine Unionshaftung nicht vorliegen, nämlich ein hinreichend qualifizierter Verstoß gegen eine Rechtsvorschrift, die den Einzelnen Rechte verleiht, ein tatsächlicher Schaden und ein unmittelbarer Kausalzusammenhang zwischen dem Verstoß und dem erlittenen Schaden.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-834/17>

EuG; Urteil – Markenstreit um Andorra

Am 23.02.2022 hat der EuG in der Rechtssache T-806/19 (Govern d'Andorra / EUIPO) die Rechtsauffassung des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) bestätigt, dass das Bildzeichen ANDORRA nicht als Unionsmarke für mehrere Waren und Dienstleistungen eingetragen werden kann. Die Marke habe beschreibenden Charakter und könne von den maßgeblichen Verkehrskreisen als Hinweis auf die Herkunft der betreffenden Waren und Dienstleistungen wahrgenommen werden.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-806/19>

EuGH; Urteil zur Verfassungsidentität und zum Vorrang des Unionsrechts

Der EuGH hat am 22.02.2021 in der Rechtssache C-430/21 RS (Wirkung der Urteile eines Verfassungsgerichts) in einem Vorabentscheidungsersuchen aus ROM entschieden, dass das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, wonach

die nationalen Gerichte nicht befugt sind, die Unionsrechtskonformität nationaler Rechtsvorschriften zu prüfen, die mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichts dieses Mitgliedstaats für verfassungsgemäß erklärt wurden. Die Anwendung einer solchen Regelung würde den Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts und die Wirksamkeit des Vorabentscheidungsverfahrens beeinträchtigen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-430/21>

EuGH; Urteil - Vollstreckung Europäischer Haftbefehle aus POL

Der EuGH hat am 22.02.2021 in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-562/21 PPU und C-563/21 PPU (Openbaar Ministerie) hinsichtlich der Ablehnung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls die Kriterien festgelegt, anhand deren eine vollstreckende Justizbehörde beurteilen kann, ob die Gefahr einer Verletzung des Grundrechts der gesuchten Person auf ein faires Verfahren besteht. Allein der Umstand, dass eine festgenommene Person nach POL ausgeliefert werden soll, macht die Vollstreckung eines entsprechenden Haftbefehls nicht unzulässig. Die Gefahr eines unfairen Verfahrens darf nicht lediglich abstrakt bestehen, sie muss konkret vorliegen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-562/21>

EuGH; Urteil zum ISO Testverfahren bei Filterzigaretten

Der EuGH hat am 22.02.2021 in der Rechtssache C-160/20 (Stichting Rookpreventie Jeugd) entschieden, dass das von der ISO zur Bestimmung der Emissionshöchstwerte für Teer, Nikotin und Kohlenmonoxid festgelegte Verfahren, auf das das Unionsrecht verweist, gültig ist und Zigarettenherstellern entgegengehalten werden kann. Da dieses Verfahren jedoch nicht im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde, kann es den Einzelnen, wie Vereinigungen für den Schutz der Gesundheit der Verbraucher, grundsätzlich nicht entgegengehalten werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=254381&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2545618>

EuGH; Urteil zur Konditionalitätsregelung (Rechtsstaatlichkeit)

Das Plenum des EuGH hat am 16.02.2021 in den Rechtssachen C-156/21 und C-157/21 (HUN und POL / Parlament und Rat) die Klagen HUN und POL gegen den Konditionalitätsmechanismus abgewiesen, der den Erhalt von Mitteln aus dem Unionshaushalt davon abhängig macht, dass die Mitgliedstaaten (MS) die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit einhalten. Der EuGH hat entschieden, dass dieser Mechanismus auf einer geeigneten Rechtsgrundlage erlassen wurde, mit dem Verfahren nach Art. 7 EUV vereinbar ist und im Einklang mit den Grenzen der Zuständigkeiten der Union sowie mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit steht. Der EuGH hat darauf hingewiesen, dass die Verordnung für die Annahme der in ihr vorgesehenen Schutzmaßnahmen voraussetzt, dass ein echter Zusammenhang zwischen einem Verstoß gegen einen Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und einer Beeinträchtigung bzw. einer ernsthaft drohenden Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Führung des Haushalts der EU oder des Schutzes ihrer finanziellen Interessen festgestellt wird. Zudem muss ein solcher Verstoß einen Umstand oder ein Verhalten betreffen, der bzw. das einer Behörde eines MS zurechenbar und für die wirtschaftliche Führung des Haushalts der EU von Bedeutung ist. Außerdem hebt der Gerichtshof hervor, dass die in Betracht kommenden Schutzmaßnahmen strikt im Verhältnis zur Auswirkung des festgestellten Verstoßes auf den Haushalt der EU stehen müssen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-156/21>

Frontex; Zahl illegaler Grenzübertritte nimmt zu

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 15.02.2022 Zahlen veröffentlicht, nach denen illegale Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen im Januar 2022 um 78% gegenüber dem Januar 2021 zugenommen haben. Im Vergleich zum Januar 2020 würden die aktuellen Zahlen ein Plus von 23 % darstellen. Die Daten von 2021 zeigten überdies, dass die Zahl der Ankünfte weiterhin über dem Niveau vor Beginn der COVID-19-Pandemie läge. So habe die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte 2021 bei knapp 200.000 gelegen. Dies sei eine der höchsten Zahlen seit 2017 gewesen. Für den Januar 2022 sei auf der Westbalkanroute mit 5.826 Ankünften der deutlichste Anstieg zu verzeichnen gewesen (ein Plus von 148% gegenüber dem Vorjahr). Syrien, Afghanistan und die Türkei seien die drei wichtigsten Herkunftsländer der Migranten auf dieser Route. Signifikant abgenommen haben hingegen der Druck auf die EU-Ostgrenze. Hier sei ein Rückgang von fast 75% zu verzeichnen, so Frontex.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/situation-at-eu-s-external-borders-in-january-lower-pressure-on-eastern-border-gAuRpK>

EP; LIBE gegen "goldene Pässe" und für Regeln für "goldene Visa"

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP billigte am 15.02.2022 mit 61 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen einen Initiativbericht der sich für eine Ablehnung von „goldenen Pässen“ und für eine EU-Regulierung von „goldenen Visa“ ausspricht. Die MdEP betonten, dass "Citizenship by Investment" (CBI) – Systeme, bei denen Drittstaatsangehörige im Austausch für eine Investition Staatsangehörigkeitsrechte erhalten können – aus ethischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht verwerflich seien und ernsthafte Sicherheitsrisiken darstellen würden. So genannte "goldene Pässe" würden das Wesen der Unionsbürgerschaft gefährden und sollten auslaufen. Bei der Erteilung eines „goldenen Visums“ sollten andere Mitgliedstaaten künftig Einwände erheben dürfen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220211IPR23114/meps-call-for-a-ban-on-golden-passports-and-eu-rules-for-golden-visas>

Kommission; Öffentliche Konsultation zum Austausch sicherheitsrelevanter Informationen gestartet

Die Kommission hat am 18.02.2022 eine öffentliche Konsultation zur Initiative „Austausch sicherheitsrelevanter Informationen – gegenseitiger Zugang für vor Ort tätige Beamte in der EU und wichtigen Partnerländern“ gestartet. Zu diesem Zweck beabsichtigt die Kommission einen Verordnungsvorschlag vorzulegen, der die Architektur für eine entsprechende technische Lösung enthalten soll. Rückmeldungen können bis zum 18.03.2022 erfolgen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13243-Austausch-sicherheitsrelevanter-Informationen-gegenseitiger-Zugang-fur-vor-Ort-tatige-Beamte-in-der-EU-und-wichtigen-Partnerlandern_de

Kommission; EU-Katastrophenhilfe für die Ukraine

Die Kommission hat am 19.02.2022 bekanntgegeben, dass sie der Ukraine im Wege im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens sofort Hilfsgüter liefern wird. Die ukrainische Regierung hatte aufgrund des sich zuspitzenden Konflikts mit Russland darum gebeten. SLO, ROM, FRA, IRL und AUT sollen bereit erste Hilfsangebote unterbreitet haben. Die Kommission rechnet zudem mit weiteren Hilfszusagen aus den übrigen Mitgliedstaaten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1222

EuGH; Asylantrag eines bereits anerkannten Flüchtlings unzulässig

Der EuGH hat am 22.02.2022 in der Rechtssache C-483/20 entschieden, dass ein Mitgliedstaat (MS) einen Asylantrag für unzulässig erklären darf, wenn dem Antragsteller von einem anderen MS bereits die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist. Dies gelte auch dann, wenn der Antragsteller Vater eines minderjährigen, unbegleiteten Kindes ist, dem in dem erstgenannten MS subsidiärer Schutz gewährt wurde. Allerdings müsse unter Umständen für die Aufrechterhaltung des Familienverbands gesorgt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=254383&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=902136>

EuGH; Generalanwalt hält Kontrolle von Sea-Watch-Schiffen für rechtmäßig

Der Generalanwalt am EuGH Athanasios Rantos hat am 22.02.2022 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-14/21 und C-15/21 vorgelegt. Er vertritt darin die Auffassung, dass die deutschen Schiffe der Sea-Watch-Flotte zur Rettung von Migranten von italienischen Behörden zur Kontrolle festgehalten werden dürfen. Hafenstaaten sei es erlaubt, Kontrollen bei Seenotrettungsschiffen durchzuführen, um sicherzustellen, dass diese internationale Sicherheitsregeln einhalten und korrekt zertifiziert sind. Es könnten auch zusätzliche Kontrollen gerechtfertigt sein, wenn es eindeutig Gefahren für die Sicherheit, Gesundheit oder Umwelt gebe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=254401&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2582977>

Bildung und Kultur

EACEA; PTL führt Kompetenzbündelung fort

Am 22.02.2022 informierte die EU Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA), dass das portugiesische Bildungsministerium im Zuge der Schulschließungen durch die COVID-19-Pandemie die Umsetzung des 21|23 Escola+ Plans weiterhin vorantreibt. Der Plan dient der Sicherstellung eines einheitlichen Kompetenzerwerbs der Schülerinnen und Schüler. Dazu bündelt die Initiative bildungspolitische Maßnahmen und differenzierte Bildungsstrategien wie u.a. die Diversifizierung von Lehrmethoden oder Investitionen in soziales und emotionales Wohlbefinden. Auf diesem Weg sollen Ungleichheiten durch Bildung bekämpft werden.

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/portugal-2123-escola-plan_en

CEDEFOP; Französisches Bildungsministerium veröffentlicht Ergebnisse durchgeführter Studien zur Nachverfolgung des Berufseinstiegs

Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) teilte am 23.02.2022 mit, dass das Bildungsministerium von FRA die Ergebnisse von zwei durchgeführten Studien zur Nachverfolgung von Absolventen mit einer beruflichen Erstausbildung aus dem Schuljahr 2019/20 veröffentlicht hat. Beide Studien verfolgen die Wege von Lernenden in der beruflichen Erstausbildung 6 Monate nach ihrem Abschluss im Jahr 2020/21. Die eine Studie konzentriert sich auf Absolventinnen und Absolventen schulbasierter Berufsbildungsgänge, während die andere den Weg von Absolventinnen und Absolventen berufsbildender Bildungsgänge zu Berufsbildungsabschlüssen verfolgt. Beim Vergleich beider Gruppen stellte das Bildungsministerium fest, dass Absolventinnen und Absolventen berufsbildender Bildungsgänge eher dazu neigen direkt in den Arbeitsmarkt einsteigen, als sich

weiterzubilden. Insgesamt gilt für alle Ausbildungsprogramme, dass der Erwerb des Abschlussdiploms die Arbeitsmarktintegration zu erleichtern scheint.

<https://www.cedefop.europa.eu/en/news/france-tracking-ivet-graduates-201920-school-year>

EACEA; Bekanntgabe der 11 ausgewählten Erasmus + Lehrerakademien

Am 21.02.2022 gab Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, die Namen der ersten 11 Erasmus+ Lehrerakademien bekannt. Diese sind ein Teil der Flaggschiff-Initiativen des Europäischen Bildungsraums sowie Teil des Erasmus+ Programms 2021-27. Die Akademien werden Lehrerinnen und Lehrer allen Phasen ihrer Karriere unterstützen. Sie sollen die Zusammenarbeit, die Vernetzung zwischen Anbietern von Lehrerbildung sowie die kontinuierliche berufliche Weiterbildung verbessern.

https://www.eacea.ec.europa.eu/news-events/news/erasmus-teacher-academies-launch-event-2022-02-15_en

Kommission; Berlinale; Kreatives Europa; Filmförderung

Am 16.02.2022 wurden auf der Berlinale zwei im Rahmen des EU-Kulturförderprogramms Kreatives Europa geförderte Filme ausgezeichnet. Carla Simón bekam für das spanisch-italienische Drama „Alcarràs“ den Goldenen Bären in der Kategorie „bester Film“. Der Silberne Bär ging in der Kategorie „herausragende künstlerische Leistung“ an Rithy Panh für den Film „Everything Will Be OK“. Durch das Programm Kreatives Europa werden im audiovisuellen Bereich (Programmlinie MEDIA) Filmproduktionen von der Kommission gefördert. Zentrale Schwerpunkte der Förderung sind die verstärkte europäische Zusammenarbeit, die weitere Digitalisierung der Branche sowie die horizontalen Prioritäten Nachhaltigkeit und Diversität.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/gold-und-silber-fur-europa-zwei-eu-geforderte-filme-auf-der-berlinale-ausgezeichnet-2022-02-17_de

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Bewerbungen für Lorenzo-Natali-Medienpreis 2022

Die Kommission hat am 15.02.2022 bekannt gegeben, dass Bewerbungen für den Lorenzo-Natali-Medienpreis, die Auszeichnung der EU für Journalismus, bis zum 31.03.2022 eingereicht werden können. Mit dem Preis, der nach Lorenzo Natali, einem früheren EU-Kommissar für Entwicklung, benannt worden ist, werden Journalistinnen und Journalisten ausgezeichnet, die über Themen wie Ungleichheit, Armut, Klima, Bildung, Migration, Beschäftigung, Digitales, das Gesundheitswesen, Frieden, Demokratie und Menschenrechte berichten. Es gibt drei Preiskategorien: der „Große Preis“ für einen in einem Medium mit Sitz in einem der EU-Partnerländer veröffentlichten Beitrag, der „Europa-Preis“ für einen in der EU veröffentlichten Beitrag sowie der Preis für die beste Nachwuchsjournalistin oder den besten Nachwuchsjournalisten unter 30 Jahren. Eine Jury aus international renommierten Journalistinnen und Journalisten und Expertinnen und Experten für internationale Entwicklung aus aller Welt wird für jede Kategorie eine Preisträgerin bzw. einen Preisträger auswählen. Die Preise sind jeweils mit 10.000 EUR dotiert.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/lnp2022-application-form>

Veranstaltungen

Finale des deutschsprachigen Vorlesewettbewerbs in Brüssel

Alle sind Sieger - denn wer liest, gewinnt immer! Unter diesem Motto traten am 15.02.2022 die acht Schulsiegerinnen und Schulsieger der fünften und sechsten Jahrgangsstufen aus dem deutschsprachigen Bereich der vier in Brüssel ansässigen Europäischen Schulen (EEB I-IV) und der Internationalen Deutschen Schule in Brüssel, der Gemeindeschule Eynatten sowie der Pater-Damian-Grundschule aus Eupen zum großen Finale des Vorlesewettbewerbs in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel an. Lena Grönert, Schulsiegerin der Europäischen Schule III (Ixelles), und Jakob Stengg, Schulsieger der Europäischen Schule II (Woluwé), haben das Finale des deutschsprachigen Vorlesewettbewerbs gewonnen. Eingeladen hatte Europaministerin Lucia Puttrich in Kooperation mit der Botschaft der Bundesrepublik DEU beim Königreich BEL, dem Österreichischen Kulturforum, dem Goethe Institut sowie der Buchhandlung „Buchfink- Leselust“. Klassenkameradinnen und Klassenkameraden, Lehrkräfte und Eltern hatten die Möglichkeit, den Livestream-Wettbewerb via Zoom in Echtzeit mit zu verfolgen. Der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Uwe Becker, hob in seiner Begrüßungsansprache jedes Buch als eigenen Schatz hervor, der unsere Phantasie anregt und unser Leben bereichert. Botschafter Martin Kotthaus lobte insbesondere das Vorlesen, da man auf diese Weise auch anderen etwas mitgeben kann. Anna Lischka vom Österreichischen Kulturforum betonte den Ehrgeiz und das Engagement der jungen Finalistinnen und Finalisten, die bereits ihr Können in ihren jeweiligen Klassen unter Beweis gestellt hatten. Die jungen Leseexpertinnen und -experten hatten in einer ersten Runde Passagen aus sehr unterschiedlichen literarischen Werken der Kinder- und Jugendliteratur ausgewählt, um die Jury von ihrer Lesefertigkeit zu überzeugen. In einer zweiten Runde stellten sie ihr Lesekönnen mit einem ihnen unbekanntem Text aus „Peri Scholz rettet die Welt: ... oder auch nicht“ (Christina Erbertz) unter Beweis. Bewertungskriterien der Jury waren insbesondere Verständlichkeit, sichere und flüssige Lesetechnik, sinngemäße Betonung und angemessenes Lesetempo. Ein weiterer Höhepunkt war eine Lesung des preisgekrönten hessischen Autors Mario Fesler, der Passagen aus seinem Werk „Lizzy Carbon und der Klub der Verlierer“ vorlas. Manuela Hafner-Cojocariu, Europäische Schule III (Ixelles) und Alexandra Ehrenhauser, Europäische Schule I (Berkendael) haben die Veranstaltung moderiert.

Veranstaltung; Cybersec4Europe diskutiert zu Nutzen und Risiken technischer Möglichkeiten und der DSGVO

Am 16.02.2022 fand mit Unterstützung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel die digitale Abendveranstaltung „Benefits and risks of emerging technologies and the General Data Protection Regulation (GDPR)“ des von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt koordinierten Forschungsprogramms CyberSec4Europe und der Vereinigung Trust in Digital Life statt. In seinem Grußwort betonte Europastaatssekretär Uwe Becker, dass das Thema der Veranstaltung einige der großen Fragen unserer Zeit berühre: wie z.B., welche Motive und Ziele wir als europäische Gesellschaft bei dem Aufbruch ins digitale Jahrzehnt verfolgen, was unsere moralisch-ethischen Standards beim Einsatz neuer Technologien sind und wie man Daten- und Grundrechtsschutz mit Fortschritt und Innovation im Bereich der Digitalisierung verbindet. In der anschließenden Diskussion (Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Wojciech Wiewiórowski, Europäischer Datenschutzbeauftragter; Lars Bruckner, Direktor des Büros für EU-Angelegenheiten der NEC Laboratories Europe GmbH; Irina Orsich, GD Connect; Ivana Bartoletti, Global Chief Privacy Officer bei Wipro; Vincenzo Tiani, Partner im Brüsseler Büro von Panetta Law Firm) kristallisierte sich die Forderung nach der Notwendigkeit des Ausbaus des gemeinsamen

rechtlichen Rahmens für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz heraus. Der Europäische Datenschutzbeauftragte Wojciech Wiewiórowski appellierte in seinem Statement, die Datenschutz-Grundverordnung (DSG-VO) nicht als Hindernis zu begreifen, sondern als ein Mechanismus, der zum Schutze des Menschen konzipiert worden sei. Die Diskutanten zeigten sich insgesamt zuversichtlich, dass mit den geplanten EU-Gesetzgebungsvorhaben (insbes. Data-Governance-Act und KI-Verordnung) in dem Bereich weitere Fortschritte in puncto digitaler Souveränität der EU erzielt werden könnten und gleichzeitig ein effektiver Grundrechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden könne.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

10./11.03.2022 Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs

Rat

26.02.2022 Außerordentlicher Innenministerrat
28.02.-01.03.2022 Informeller Kohäsionsrat
03./04.03.2022 Rat „Justiz und Inneres“
Informelle Tagung des Rates „Allgemeine
Angelegenheiten“
06./07.03.2022 Informelles Treffen der EU-Ministerinnen und Minister für
Entwicklung (Rat „Auswärtige Angelegenheiten“)
07./08.03.2022 Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Kultur

Europäische Kommission

02.03.2022 • Gemeinsame europäische Aktion für mehr
erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie
• 2023 Steuerpolitische Leitlinien
08.03.2022 • Vorschlag zur Verhütung und Bekämpfung
spezifischer Formen geschlechtsspezifischer
Gewalt

Europäisches Parlament

07.03.-10.03.2022,
Plenarsitzung: • Die Notwendigkeit einer ehrgeizigen EU-Strategie
für nachhaltige Textilien
• Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht durch
Investitionen
• Der schrumpfende Raum der Zivilgesellschaft in
Europa

- Die Rolle von Kultur, Bildung, Medien und Sport bei der Bekämpfung von Rassismus
- Die Kohäsionspolitik als Instrument zum Abbau der Ungleichheiten im Gesundheitswesen und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen
- Die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Förderung des innovativen und intelligenten Wandels und der regionalen IKT-Konnektivität
- Dialog mit den Bürgern: das Petitionsrecht, das Recht, sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, und die Europäische Bürgerinitiative
- Regionale Wirtschaftsrechnungen für die Landwirtschaft
- Grundqualifikation und Weiterbildung für Fahrer bestimmter Straßenfahrzeuge zur Beförderung von Gütern oder Personen
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung - Antrag EGF/2021/006 ES/Cataluna Automotive - ESP
- Ein neuer strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz nach 2020 (einschließlich eines besseren Schutzes der Arbeitnehmer vor der Exposition gegenüber Schadstoffen, Stress am Arbeitsplatz und Verletzungen durch repetitive Bewegungen)
- Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020: Stärkung der Handlungskompetenz der Bürger und Schutz ihrer Rechte
- Einspruch gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: Gentechnisch veränderte Baumwolle GHB811 (BCS-GH811-4)
- Ausländische Einmischung in alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation
- Debatten über außenpolitische Themen in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament - Jahresbericht 2020
- Der EU-Gender-Aktionsplan III
- Europäisches Semester für wirtschaftspolitische Koordinierung: Jahresbericht über nachhaltiges Wachstum 2022
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigung und soziale Aspekte in der Jahresstrategie für nachhaltiges Wachstum 2022
- Entschließungsanträge - Die Rechtsstaatlichkeit und die Folgen des EuGH-Urteils

- Batterien und Altbatterien
- Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union bis 2030
- Umsetzung der Kohäsionspolitik 2021-2027
- Debatten über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)

Ausschuss der Regionen

- 03./04.03.2022 9. Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte
- 10./11.03.2022 ENVE-Fachkommissionssitzung
Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Meinungsaustausch)
Ökologischer Wandel – Wie kann aus der Sicht der Städte und Regionen beim Aufbau resilienter Gemeinschaften Ausgewogenheit zwischen gesellschaftlicher Akzeptanz und den Erfordernissen des Umweltschutzes hergestellt werden? (Meinungsaustausch)
Umweltgerechte Haushaltsplanung in der Praxis auf der lokalen und regionalen Ebene (Meinungsaustausch)
Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030 (Abstimmung)
Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030 (Abstimmung)
Für eine sozial gerechte Umsetzung des Grünen Deals (Abstimmung)
Überarbeitung der LULUCF- und der Lastenteilungsverordnung (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 01.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-704/20 und C-39/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Haftprüfung von Amts wegen)
Umfang der richterlichen Prüfung bei Abschiebehäft
- 03.03.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-873/19 Deutsche Umwelthilfe (Zulassung von Kraftfahrzeugen)
Thermo-Fenster bei Dieselmotoren
- 07.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-69/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Abschiebung – Medizinisches Cannabis)

Gesundheitliche Probleme als etwaiges
Abschiebungshindernis

- 08.03.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-213/19 Kommission / Vereinigtes Königreich (Bekämpfung von Betrug durch Unterbewertung)
Eigenmittel der EU – Ordnungsgemäße Erhebung von Zöllen
- 08.03.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-205/20 Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld (Unmittelbare Wirkung)
Arbeitnehmerentsendung – Sanktionen bei Meldeverstößen
- 08.03.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-391/20 Boriss Cilevičs u.a.
Lettisch als verpflichtende Unterrichtssprache an lettischen Hochschulen
- 08.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-100/21 Daimler (Haftung des Herstellers von Fahrzeugen mit Abschalteneinrichtung)
Thermofenster – Nutzungsanrechnung
- 09.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-245/21 und C-248/21 DEU (Behördliche Aussetzung der Überstellungsentscheidung)
Dublin-III: Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen – Covid-19-Pandemie
- 10.03.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-177/20 „Grossmania“
Nießbrauchsrechte an Grundstücken in HUN
- 10.03.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-519/20
Landkreis Gifhorn
Abschiebehaft
- 10.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-101/18 AUT / Kommission
HUN-Beihilfen für Erweiterung des Atomkraftwerks Paks II

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 11.03.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA